

Mittelstands Magazin

www.mitmagazin.com

G 1480

4
2011

INFORMATIONEN UND FORUM FÜR MITTELSTAND, WIRTSCHAFT UND MANAGEMENT

POLITIK

Tarifrunde 2011 –
überzogene Forderungen

WEITERBILDUNG

Wer rastet,
der rostet

AUTO-TEST

Saab 9-5
Astra Tourer



Kleine Gewerkschaften auf Konfrontationskurs

Muss die Tarifeinheit gesetzlich verankert werden?



SAUBER!

DER NEUE LEXUS CT 200h VOLLHYBRID

Erleben Sie jetzt die perfekte Kombination aus umweltgerechter Mobilität und eleganter Fahrdynamik – im weltweit ersten Vollhybrid in der Premium-Kompaktklasse.

Unterwegs sorgen 100 kW (136 PS) Systemleistung für dynamischen Fahrspaß. Dabei garantieren gleich vier unterschiedliche Fahrmodi individuelle Fahrerlebnisse – egal ob im Sportmodus oder lautlos und emissionsfrei im rein elektrischen Fahrmodus. Bei klassenbesten Emissionswerten von 87 g CO₂/km* und nur 3,8 l/100 km* Verbrauch.

Von der charakteristischen Linienführung über das hochwertige Interieur mit ausgewählten Materialien bis hin zur sportlichen Sitzposition genießen Sie echten Lexus Komfort.

Entdecken Sie den ersten kompakten Lexus:
Jetzt in Ihrem Lexus Forum.

Weitere Informationen unter Telefon: 0 22 34/1 02 21 10
E-Mail: kontakt@lexus-geschaeftskundenservice.de
Internet: www.stillerevolution.de

3,8 l/100 km*
87g CO₂/km*



**LEXUS
HYBRID
DRIVE**

*Kraftstoffverbrauch kombiniert 4,1-3,8 l/100 km (innerorts 4,1-3,7 l/außerorts 4,0-3,7 l) bei CO₂-Emissionen kombiniert von 94-87 g/km, jeweils nach dem vorgeschriebenen EU-Messverfahren.

DIE KOALITION MUSS BÜRGERLICHE WÄHLER ZURÜCKGEWINNEN

Die schwarz-gelbe Koalition bewegt sich in schwerer See, unabhängig von der neuen Diskussion über die Nutzung der Kernkraft. Letztere wird allerdings auf der ganzen Welt nirgendwo so aufgeregt und fundamentalistisch geführt wie in Deutschland. Und wer hierzulande die Frage stellt, was es unserer Sicherheit nützt, wenn wir zwar alle Meiler abschalten, Dutzende anderer Reaktoren in unseren Nachbarländern jedoch in Betrieb bleiben, der gilt als unsensibel und nicht politikfähig. Wo Emotionen explodieren, hat der Verstand es schwer.

So schwer wie die bürgerlichen Parteien in den Landtagswahlen dieses Jahres. Nach Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg folgen noch Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und Bremen – vielleicht auch noch NRW. Wenn es den Regierungsparteien nicht gelingt, durch eine glaubwürdige und berechenbare Politik für die bürgerliche Mitte die Wähler zurückzugewinnen, wird sich die Niederlagenserie der letzten Jahre fortsetzen.

Der schwarz-gelben Regierung ist es bisher nicht gelungen, auf eine ihrer Programmatik und ihren vormaligen Versprechungen gemäße Spur zu finden. Es fehlt an Mut, Gestaltungswillen und Überzeugungskraft. Stattdessen schafft sich die Regierung, und damit die Union, ein Glaubwürdigkeitsproblem nach dem anderen.

Das spüren die bürgerlichen Wähler und wenden sich in beängstigendem Maße von der Regierungskoalition in Berlin ab.



Dr. Josef Schlarmann ist Bundesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU und Mitglied im Bundesvorstand der CDU. Er arbeitet als Wirtschaftsprüfer, Steuerberater und Rechtsanwalt in Hamburg

Die Gründe sind nicht neu:

- Die Profilierungsversuche mit Themen, die eher für das linke Wähler-Spektrum interessant sind (Mindestlöhne, Frauenquote, Sozialbilanzen, etc.).
- Die Rücknahme des Versprechens von Steuerentlastungen für mittlere Einkommen, die wegen der kalten Progression netto nichts gewinnen.
- Halbherzige Sparhaushalte, die keine sind, weil bei den Ausgaben nur marginal gekürzt wird.
- Fehlende Reformen des Arbeitsmarktes, wodurch immer mehr prekäre Arbeitsverhältnisse entstehen.
- Eine grüne Energiepolitik, die den Industriestandort Deutschland gefährdet.
- Eine Finanzpolitik, die dabei ist, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft in eine Transferunion zu verwandeln.

Vom Frust gepackt, weil man ihnen keinen reinen Wein einschenkt („Politik der ruhigen Hand“), kein berechenbares Handlungskonzept präsentiert

(Ad-hoc-Entscheidungen, die sich zum Teil widersprechen) und gesellschaftliche Randgruppen hofiert, aber den Leistungsträgern kein attraktives Angebot macht, bleiben die Treuesten der Treuen bei Wahlen zu Hause. Der bürgerliche Mittelstand fühlt sich allein gelassen.

Die bürgerlichen Parteien befinden sich in einer hochgefährlichen Abwärtsspirale: Mit jedem Bundesland, in dem sie die Regierungsmacht verliert, steigt über den Bundesrat der Einfluss von Rot-Grün auf die Bundespolitik. Das endlose und für die Union auch erfolglose Pokern um die Hartz-IV-Reform hat dafür einen Vorgeschmack geboten. Auf der Verpackung der Politik steht zwar noch FDP und Union, der Inhalt jedoch ist immer stärker rot und grün gefärbt.

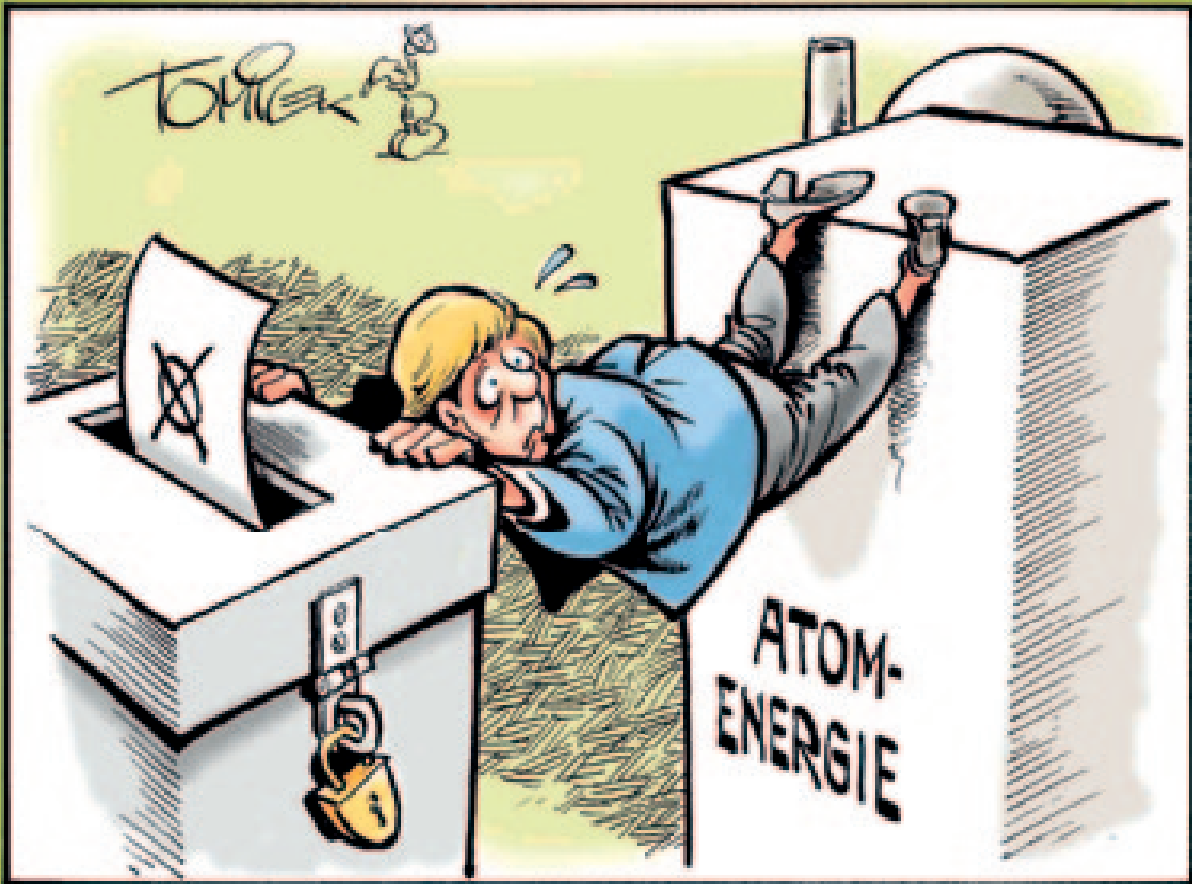
Nach der schweren Niederlage der CDU in Nordrhein-Westfalen im Mai 2010 hat der heutige Bundespräsident Christian Wulff, damals noch niedersächsischer Ministerpräsident, gesagt:

„Die Regierungskoalition muss die Wünsche der bürgerlichen Wähler nach Konsolidierung und Haushaltssanierung ernster nehmen als bisher. Eine Steuerreform mit moderaten Entlastungen, die vor allem Gerechtigkeitsprobleme beseitigt und zu einer Vereinfachung führt, würde zu einer klugen Politik genauso gehören wie verlässliche Maßnahmen bei der Bildung und glaubhafte Einsparungen.“

Recht hat er, unser Bundespräsident. Seitdem ist fast ein Jahr tatenlos verstrichen. Hoffen wir, dass diese Erkenntnis nun endlich auch jene erfasst, die in Parlament und Regierung für die bürgerlichen Wähler Verantwortung tragen.

Redaktionsschluss: 22. März 2011

Die Seite-4-Karikatur



Brückentechnologie

Weisheiten

Verkaufe an Leute, die Rolls-Royce fahren, und Du fährst U-Bahn. Verkaufe an Leute, die U-Bahn fahren, und Du fährst Roll-Royce.

Paul Getty, amer. Industrieller

Man sollte eine Rede wie einen Minirock entwerfen: lang genug, um das Wesentliche abzudecken und kurz genug, um interessant zu sein.

Danny Kaye, amer. Komiker

Kaum einer kann sich voll entfalten und zugleich die Klappe halten

Sein Publikum hat schnell gequält, wer ständig nur von sich erzählt.

Er weiß nicht, was das alles soll, Deshalb nimmt er den Mund so voll.

Bosheiten

Und kommt im März die Sommerzeit, ist's länger hell für Schwarzarbeit.

Aus dem Springer-Kalender

Wer sich zu wichtig für kleinere Arbeiten hält, ist meistens zu klein für wichtige Arbeiten.

Jacques Tati, franz. Schauspieler

Frauen sind nicht etwa die besseren Menschen; sie hatten bisher nur nicht so viel Gelegenheit, sich die Hände schmutzig zu machen.

Alice Schwarzer

Die Bürokratie verteidigt den Status Quo sogar noch, wenn das Quo schon seinen Status verloren hat.

Laurence Johnston Peter, amer. Management-Berater

Mit freundlicher Genehmigung des Verlags Redline Wirtschaft, „Manager-Weisheiten, Manager-Bosheiten“



„Fertig!“

„Fertig!“

„Fertig!“

„Fertig!“

LEXWARE

Alles in Ordnung

In einer Welt mit Lexware dauert der Bürokratismus nur 5 Minuten am Tag.

Ganz gleich wie viele Vorkenntnisse Sie haben und in welcher Branche Sie tätig sind: Mit der intelligenten Business-Software und den integrierten Online-Services vom Marktführer sind Ihre Buchhaltung, Kostenvoranschläge und Rechnungen in 5 Minuten am Tag „Fertig!“

www.lexware-fertig.de



JEDER-KANN-EIN-RETTER-SEIN.de

Ruth Pfau – Lepra-Ärztin und Ordensfrau in Pakistan

Jedes Jahr erkranken weltweit **250.000 Menschen** neu an Lepra.

Helfen Sie mit Ihrer Spende.

**SPENDENKONTO 96 96
BLZ 790 500 00**

Mariannahillstr. 1c
97074 Würzburg
Tel: 0931 7948-0
E-Mail: info@dahw.de

Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen/DZI



DZI Spenden-Siegel: Geprüft + Empfohlen

DAHW
Deutsche Lepra- und Tuberkulosehilfe e.V.

6 ► INHALT



POLITIK

3 EDITORIAL

MIT-Bundsvorsitzender Dr. Josef Schlarman schreibt zur aktuellen Wirtschafts- und Finanzpolitik

4 Unsere Seite-4-Karikatur

... und Weisheiten und Bosheiten zum Schmunzeln

8 Die Lokführer und ihre Geiseln

Kleine Gewerkschaften nutzen zunehmend ihre Schlüsselstellung, um in unverantwortlicher Weise Klientel-Politik durchzusetzen. Sie schaden den Menschen und schädigen die Volkswirtschaft. Es stellt sich die Frage nach der gesetzlichen Verankerung der Tarifeinheit.

10 Tarifrunde 2011

Gewerkschaften, die in diesem Frühjahr zu Tarifverhandlungen aufbrachen, taten so, als sei die Wirtschaftskrise längst

Geschichte und langten in ihren Forderungen mächtig zu. Dass diese Forderungen nicht in die Wirtschaftslandschaft passen, zeigt unser Beitrag.

11 Forschungsförderung im Mittelstand

Mit dem parlamentarischen Staatssekretär im Bundesforschungsministerium, Thomas Rachel, sprachen wir über Fördermittel und darüber, wie der Mittelstand davon profitiert

12 Rohstoffe als Faustpfand

Am Beispiel der „Seltenen Erden“, jener Rohstoffe, die für die technologische Entwicklung von eminenter Bedeutung sind, zeigt Philipp Mißfelder, Außenpolitiker der Union und MIT-Bezirksvorsitzender auf, wie wichtig Außenwirtschaftspolitik ist

15 Stabilitätskultur statt Transferwirtschaft

Interview mit dem bayerischen Staatssekretär im Finanzministerium, Josef Pschierer, zu den Inflationsängsten in Europa



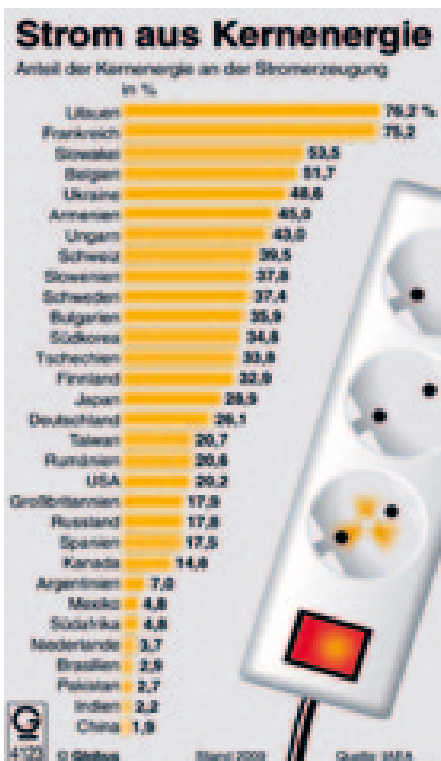


UNTERNEHMEN

- 16 Weitere Gängelung der Unternehmen**
Die anstehende Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes verheißt für Unternehmen nichts Gutes: Die Auswirkungen auf die betriebliche Praxis sind erheblich
- 20 Weiterbildung: Wer rastet, der rostet**
Gerade in Anbetracht der demografischen Entwicklung und der längeren Lebensarbeitszeit einerseits und des technischen Fortschritts andererseits, ist die Weiterbildung von Mitarbeitern für Unternehmen heute ein absolutes Muss
- 29 Das Kammerwesen in Deutschland**
Nur wenn die Kammern mit der Zeit gehen und sich und ihr Angebot den neuen Anforderungen anpassen, haben sie eine Chance und eine Berechtigung

SERVICE

- 24 Zuwachs für die Flotte**
Hapag Lloyd hat zwei neue Schiffe bestellt: eine zweite Europa und einen Ersatz für die Columbus. Mit den Neulingen verbinden sich auch neue Konzepte und eine differenzierte Zielgruppenansprache
- 25 Bücherseite**
Für Sie gelesen
- 26 AUTO-TEST**
Für Sie gefahren – Autos für Mittelständler
Opel Astra Sports Tourer
Saab 9-5
- 27 Recht im Gespräch**
- 28 Aktuelle Urteile**



MIT-INSIDE

- 30 MIT-Inside**
mit Berichten aus den Regionalverbänden
- 31 MU-Inside**
- 33 Namen sind Nachrichten**
- 34 Baustelle Berlin**
- 42 Impressum**



UNICEF/Pakistan/2010/ZAK

Pakistan

UNICEF lässt die Kinder nicht allein – bitte helfen Sie mit!

Spendenkonto 300 000
Bank für Sozialwirtschaft Köln
BLZ 370 205 00
Online spenden: www.unicef.de

Gewerkschafts- wettbewerb

KLEINE AUF KONFRONTATIONSKURS

Die Streiks der Lokführergewerkschaft GDL zeigen einmal mehr, wie schlagkräftig kleine Gewerkschaften sind. Über kurz oder lang stellt sich damit die Frage, ob die Tarifeinheit gesetzlich verankert werden muss.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) haben jüngst vor einer Zersplitterung der deutschen Gewerkschaftslandschaft gewarnt und den Gesetzgeber aufgefordert, das Prinzip der Tarifeinheit – ein Betrieb, ein Tarifvertrag – festzuschreiben.

Diese Zersplitterung ist an sich kein neues Phänomen. Schätzungsweise existieren hierzulande mehr als 100 Gewerkschaften. Die meisten davon treten bislang aber nicht tarifpolitisch eigenständig auf. Sie haben sich mit den Großen zu Tarifgemeinschaften zusammengeschlossen und handeln gemeinsam die Arbeitsbedingungen aus – wie etwa der Deutsche Journalistenverband, der mit ver.di den Schulterschluss gesucht hat. Das Prinzip „ein Betrieb, ein Tarifvertrag“ ist damit gewährleistet.

Für Unruhe sorgen dagegen Fluglotsen, Piloten, Lokführer und Ärzte. Diese Berufsgruppen organisieren sich in Spartengewerkschaften – die Krankenhausärzte z.B. im Marburger Bund, die Kapitäne der Lüfte in der Vereinigung Cockpit und die Triebwagenführer in der GDL.

Weil ohne diese Berufsgruppen vieles stillsteht, konnten die kleinen Gewerkschaften in den vergangenen Jahren tarifpolitisch einige Extras rausschlagen. Das ging allerdings auf Kosten des von den Arbeitsgerichten lange Zeit vertretenen Prinzips der Tarifeinheit. Danach durfte in einem Unternehmen nur ein Tarifvertrag angewendet werden.

- In Krankenhäusern gelten für Ärzte verschiedene Tarifregelungen, weil neben dem Marburger Bund auch ver.di Vereinbarungen getroffen hat.
- Bei den Fluggesellschaften schließen ver.di und die Unabhängige Flugbegleiterorganisation UFO für das Kabinenpersonal getrennte Tarifverträge ab.
- Bei der Deutschen Bahn hat die GDL 2007 einen eigenen Tarifvertrag für die Lokführer durchgesetzt.

Güterwaggons mit Autos von BMW stehen am 9. März vor roten Signalen auf dem Güterbahnhof in Leipzig. Die Ursache: der Streik der Lokführergewerkschaft GDL

Spartengewerkschaften: Die neuen Wilden?

	Mitglieder	Jahr der Gründung	Eigene Tarifverträge (Anerkennung als eigenständiger Tarifpartner durch einen Arbeitgeber/verband)
conterm – Fachgewerkschaft für die Beschäftigten auf den Container Terminals im Hamburger Hafen	ca. 100	Dezember 2009	Nein; derzeit sind Hafnarbeiter in Bremen und Bremerhafen organisiert
Neue Arbeitsanz Gewerkschaft	> 100	November 2010	Nein; Ziel ist, sich an der Tarifrunde 2011 zu beteiligen; Kooperation mit ver.di angestrebt
Technik Gewerkschaft Luftfahrt	Keine Angabe	Dezember 2010	Nein; zunächst wird ein ausreichender Organisationsgrad angestrebt
Gewerkschaft der Servicekräfte	ca. 100	Dezember 2010	Nein
Spartengewerkschaft für Betriebsfeuerwehren	Potenzial wird mit 2.000 angegeben	Geplant für Anfang 2011	Nein

Quellen: IZA, Pressemitteilung, Angaben der Gewerkschaften

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Problematischer Wettbewerb

Was den Gewerkschaftswettbewerb problematisch macht: Die einzelnen Spartengewerkschaften schaukeln sich gegenseitig hoch – jede will für die eigene Berufsgruppe mehr erreichen. Das vergiftet nicht nur das Verhältnis zwischen den Gewerkschaftsspitzen. Auch in den Unternehmen kommt es zu Neideffekten. Im Ergebnis gönnt eine Berufsgruppe der anderen nicht, was die Gewerkschaft für sie erreicht hat.

Befeuert wird diese Situation dadurch, dass das Bundesarbeitsgericht im vergangenen Jahr den Grundsatz der Tarifeinheit aufgegeben hat. Die Arbeitgeber befürchten, dass ohne eine gesetzliche Regelung der Tarifeinheit eine weitere Gründungswelle von Berufsgruppengewerkschaften einsetzt. Tatsächlich sind in den vergangenen Monaten mehrere Fachgewerkschaften entstanden – so z.B. die Technik Gewerkschaft Luftfahrt. Bisher haben die Neuen noch Probleme, Mitglieder zu gewinnen. Ohne einen hohen Organisationsgrad und eine gut gefüllte Streikkasse lassen sich jedoch keine wirkungsvollen Aktionen starten, wie die Erfahrungen der bereits etablierten Berufs- oder Spartengewerkschaften zeigt haben.

Volkswirtschaftliche Schäden

Wenn allerdings wie bei der GDL schätzungsweise 25.000 aktive Lokführer – und damit die Mehrheit der 36.000 sozialversicherungspflichtigen Schienenfahrzeugführer – an einem Strang ziehen, ist der Punkt erreicht, ab dem eine Berufsgewerkschaft nicht mehr

ignoriert werden kann. Da nutzt es auch wenig, dass die Deutsche Bahn und sechs Privatbahnen für den Nahverkehr mit der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) einen Branchentarifvertrag abgeschlossen haben. Dieser sorgt immerhin dafür, dass der Wettbewerb in der Branche nicht durch allzu unterschiedliche Lohnniveaus verzerrt wird.

Das reicht der GDL aber nicht. Sie will einen eigenständigen Lokführertarifvertrag durchsetzen. Dabei nimmt sie für die Durchsetzung berufsständischer Interessen auch volkswirtschaftliche Schäden in Kauf, die gerade im sensiblen Transportsektor enorm sein können. Besonders skurril und nicht mehr nachvollziehbar wurde der Streik auch dadurch, dass

die Kunden der Deutschen Bahn durch die Streiks in Geiselschaft genommen wurden, obwohl die Bahn bereits jene Gehaltstarife hat, die für die anderen (privaten) Bahnen mit dem Streik angestrebt werden.

Damit verhält sich die GDL anders als die übrigen großen und kleinen Gewerkschaften. Diese haben in der jüngsten Wirtschaftskrise tarifpolitische Vernunft gezeigt und bewiesen, wie man mit den Arbeitgebern die Auswirkungen der Rezession auf die Beschäftigten möglichst gering hält.

Wenn nun aber der Konflikt zwischen GDL und Bahnunternehmen auch deshalb eskaliert, weil eine Gewerkschaft die andere toppen will, wird der Gesetzgeber wohl kaum umhinkommen, den Gewerkschaftswettbewerb gesetzlich zu regeln.

Ein Blick über die Grenzen zeigt, dass die Nachbarn ähnliche Probleme hatten, aber auch Lösungen dafür gefunden haben. In Frankreich, wo Richtungsgewerkschaften miteinander streiten, gibt es einen Anreiz, sich zu Tarifgemeinschaften zusammenschließen. Ein Tarifvertrag darf nur geschlossen werden, wenn er von einer oder mehreren Gewerkschaften unterzeichnet wurde, die mindestens 30 Prozent der Stimmen bei den letzten Betriebswahlen auf sich vereinen konnten. Kleine Gewerkschaften müssen demnach mit anderen Organisationen kooperieren.

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

Spartengewerkschaften: Klein, aber mächtig

	Mitglieder	Jahr der Gründung	Eigenständige Tarifverträge seit
Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GdL)	34.000	1867	2007 bei der Deutschen Bahn; Branchentarifvertrag für Lokführer angestrebt
Vereinigung Cockpit (VC)	8.200	1969 als Berufsverband	2001 bei der Deutschen Lufthansa, später bei Germanwings, Air Berlin und LTU
Unabhängige Flugbegleiterorganisation (UFO)	> 10.000	1992 als Berufsverband	2002 bei der Deutschen Lufthansa, später bei Condor, Air Berlin, Germanwings und Eurowings
Gewerkschaft der Flugsicherung (GdF)	3.500	2004 hervorgegangen aus der Fusion zweier Berufsverbände	2004 bei der Deutschen Flugsicherung, weitere mit den Flughäfen Frankfurt und München
Marburger Bund	107.000	1957 als Berufsverband	2006 bei den kommunalen Kliniken und den Universitätskliniken

Umrangzahlen: Angaben der Gewerkschaften

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Realität ausgeblendet

Für die Gewerkschaften ist die Wirtschaftskrise offenbar ausgestanden. Sie gehen mit Lohnforderungen zwischen fünf und sieben Prozent in die anstehenden Tarifrunden – obwohl es gar keinen lohnpolitischen Nachholbedarf gibt.

Wenn die Tarifparteien in diesem Jahr um Procente ringen, schaut die wichtigste und größte deutsche Branche, die Metall- und Elektroindustrie, zu. Dort einigte man sich vor Jahresfrist auf einen zweijährigen Tarifvertrag, der für 2010 – dem Jahr eins nach der Krise – zwei Einmalzahlungen von jeweils 160 Euro vorsah. Außerdem stellte die Vereinbarung Instrumente zur Beschäftigungssicherung in den Mittelpunkt – vor allem eine verbesserte Förderung der Kurzarbeit. In diesem Jahr werden die Entgelte ab dem 1. April um 2,7 Prozent erhöht. Noch eine Schippe draufgelegt hat die Stahlindustrie, wo die Löhne im Oktober 2010 um 3,6 Prozent stiegen. Volkswagen zahlt ab Mai 2011 insgesamt gut 4 Prozent.

Krise noch nicht überstanden

In der Industrie und am Bau liegt die Messlatte für die anstehenden Verhandlungen hoch. Für den Handel hat sich ver.di bislang nicht positioniert. Die Gehaltsanpassungen haben für die Gewerkschaften zwar absolut Vorrang, allerdings gibt es auch den einen oder anderen Sonderwunsch: In der Textilindustrie sollen die Arbeitsbedingungen altersgerecht gestaltet werden.

Ebenfalls in der Textilindustrie, aber auch bei den Versicherungen, sollen die Unternehmen mehr für die Gesundheit ihrer Beschäftigten tun. In der Süßwarenindustrie wollen die Gewerkschaften die tarifliche Altersvorsorge ausbauen. Und im Einzelhandel sollen sich die Tarifpartner auf einen bundesweiten Mindestlohn-Tarifvertrag einigen.

Die Interessenvertretungen der Arbeitnehmer übersehen bei ihren Forderungen jedoch, dass es den Firmen in vielen Branchen längst noch nicht wieder so gut geht

wie vor der Krise. Denn die Produktivität, also das Verhältnis von Output zu Arbeitseinsatz, liegt vielfach noch unter dem Niveau von 2008.

Nach der klassischen Lohnformel aber sollen sich die Lohnsteigerungen vor allem an der Produktivitätsentwicklung orientieren. Sonst steigen für jede Produkteinheit die Lohnstückkosten, was die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und damit letztlich Jobs gefährdet.

Dass die Tarifpartner mit ihrer Strategie der vergangenen Jahre richtig liegen, den Verteilungsspielraum an der Produktivität festzumachen, zeigt auch ein Blick auf die sogenannte Lohndrift. Wenn bei den Tariflöhnen überzogen worden wäre, hätten die Unternehmen

die Notbremse gezogen und bei Zulagen etc. entsprechend gekürzt. Das haben sie aber nicht: Die tatsächlich gezahlten Bruttolöhne sind je Stunde genauso stark gestiegen wie die Tariflöhne.

Allein 2010 lief die Entwicklung aus dem Ruder. Die Effektivlöhne schrumpften leicht, weil in der Krise weniger übertarifliche Zulagen gezahlt wurden – wie Mehrarbeitszuschläge oder Boni.

Hinzu kommt, dass im vergangenen Jahr die Kurzarbeit wieder abgebaut wurde. Infolgedessen stieg die Stundenzahl, die Löhne legten aber nicht im gleichen Ausmaß zu, weil das Kurzarbeitergeld wegfiel. Auch 2011 besteht kein Grund, vom Kurs der produktivitätsorientierten Lohnpolitik abzuweichen, da sie im vergangenen Jahrzehnt erfolgreich war. Die Zahl der Erwerbstätigen ist zwischen 2000 und 2010 um 3,4 Prozent gestiegen. Und seit 2006 hat sich auch das Arbeitsvolumen, die Zahl der geleisteten Stunden, positiv entwickelt.

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

Tarifrunde 2011

Wo verhandelt wird	Wann der Tarifvertrag auslief bzw. ausläuft	Was die Gewerkschaften fordern
Öffentlicher Dienst – Länder (Löhne Berlin und Hessen)	Dezember 2010	Erhöhung der Entgelte um 3 Prozent plus Voranberhöhung der Tabellenwerte um jeweils 50 Euro
Deutsche Telekom (und Servicegesellschaften)	Dezember 2010	Erhöhung der Entgelte um 6,5 Prozent; stärkere Anhebung in den unteren Entgeltgruppen
Textil- und Bekleidungsindustrie	Februar 2011	Entgelterhöhung um 5 Prozent
Chemische Industrie	Februar bis April 2011 (regional unterschiedlich)	Erhöhung der Entgelte um 7 Prozent
Versicherungen	März 2011	Erhöhung der Entgelte um 6 Prozent; Regelungen zur Beschäftigungssicherung und zum Gesundheitsschutz; Verlängerung der Altersteilzeit; mehr Auszubildende und mehr Übernahmen
Süßwarenindustrie (West)	März bis Juli 2011 (regional unterschiedlich)	Erhöhung der Entgelte um 5 Prozent; Ausbau der tariflichen Altersvorsorge
Baugewerbe	März 2011	Erhöhung der Entgelte um 5,9 Prozent
Druckindustrie	März 2011	Noch keine Forderung
Einzelhandel	März bis Juni 2011 (regional unterschiedlich)	Noch keine Forderung
Großhandel	März bis April 2011 (regional unterschiedlich)	Noch keine Forderung

Branchenwahl
Ungruppiertes: IBA-Tarifliche, Gewerkschaften

17 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

INTERVIEW

Ideen, Innovation und Wachstum

Interview mit Thomas Rachel, MdB, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung

Die Bundesregierung hat mit der Hightech-Strategie 2020 die Fortsetzung der erstmals in 2006 verkündeten Innovationsstrategie der Bundesregierung vorgelegt. Wofür steht dieses Konzept?

Thomas Rachel: Um aus Wissen und Ideen möglichst effizient Innovationen und wirtschaftliches Wachstum zu machen, brauchen wir einen klaren Fahrplan. Dieser Plan ist die Hightech-Strategie. Mit ihr treiben wir unsere nationale Innovationsstrategie weiter voran und schreiben die Erfolgsgeschichte der vergangenen Legislaturperiode fort. Es geht uns also darum, für Unternehmen in Deutschland ein möglichst optimales Umfeld für Investitionen in Forschung und Innovationen zu schaffen.

In diesem Sinne ist die Hightech-Strategie auch zu einer Dachmarke unserer Innovationspolitik geworden, die nicht nur aus Förderprogrammen für die Forschung besteht, sondern ebenso die Rahmenbedingungen in den Blick nimmt. Sie hat einen noch stärkeren Anwendungsbezug: Wir suchen nach Lösungen für globale Herausforderungen in den übergreifenden Bedarfsfeldern Klima/Energie, Gesundheit/Ernährung, Mobilität, Sicherheit und Kommunikation. Die Erfolge der Hightech-Strategie sind bereits sichtbar: Heute sind 333.000 Arbeitskräfte mit Forschung und Entwicklung beschäftigt – so viele wie noch nie.

Was ist das wirklich Neue an der Hightech-Strategie 2020?

Rachel: In der fortgeschriebenen Strategie richten wir die Innovationspolitik noch stärker an den konkreten Bedürfnissen der Menschen aus. Ein Beispiel ist die "Morgenstadt", mit der wir das Zukunftsbild einer CO₂-neutralen Stadt verwirklichen wollen. Andere Ziele sind, Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben im Alter zu schaffen oder den Ausbau der Elektromobilität voranzutreiben. Bis 2020 sollen eine Million Autos mit dieser Technologie auf unseren Straßen fahren. Entscheidend aber wird sein, wo auf der Welt die Fahrzeuge letztlich entwickelt und gebaut werden.

Wie profitiert der Mittelstand von der Hightech-Strategie 2020?

Rachel: Die Bundesregierung hat im Rahmen der Hightech-Strategie seine Investitionen in den Mittelstand massiv ausgebaut. Die jährlichen Förderbeträge für Forschung und Entwicklung in KMU haben wir im Vergleich zu den Ausgaben im Jahr 2005 um mehr als 70 Prozent auf über eine Milliarde Euro im Jahr 2009 erhöht! Das Förderangebot ist auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der KMU ausgerichtet.

Die fachübergreifende Förderinitiative „KMU-innovativ“ des BMBF findet beispielsweise großen Zuspruch. Das Programm bietet derzeit in sieben Technologiefeldern einen themenoffenen Zugang. Erste Zwischenergebnisse zeigen, dass nicht nur überdurchschnittlich junge und dynamische Unternehmen, sondern zu einem guten Teil auch Förderneulinge gewonnen werden konnten. Der Einstieg in die Förderung wurde beschleunigt und erleichtert. Ich freue mich besonders, wenn es uns gelingt, dass sich mittelständische Betriebe mit hoher FuE-Intensität erstmals an den Forschungsprogrammen im Rahmen der Hightech-Strategie beteiligen.

Mittelständler benötigen einen schnellen, unbürokratischen Zugang zu Informationen über Förderprogramme ...

Rachel: Ja, das wissen wir. Dazu gibt es als zentrale Anlaufstelle die Förderberatung „Forschung und Innovation“ der Bundesregierung (www.foerderinfo.bund.de). Sie gibt sehr schnell und unkompliziert Informationen zu den Teilnahmebedingungen – nicht nur für die Maßnahmen des Bundes, sondern auch die der Länder und der Europäischen Union. Die Beratung vermittelt die richtigen Ansprechpartner und unterstützt die Antragstellung.

Gerade für den Mittelstand kommt es auf starke Partnerschaften mit wissenschaftlichen Einrichtungen an. Wie unterstützen Sie dabei?

Rachel: Der Spitzencluster-Wettbewerb bündelt regionale Potenziale entlang der gesamten Innovations- und Wertschöpfungskette. Auch der Mittelstand wird mit den Wettbewerben angesprochen. Er profitiert erheblich durch die enge Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen und großen Industriebetrieben. Wir wollen den Weg vom Labor auf den Markt beschleunigen und Wachstum und Beschäftigung stärken.

Info: www.hightech-strategie.de



Thomas Rachel, MdB, ist Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung und Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) und MIT-Mitglied



Philipp Mißfelder ist Bundestagsabgeordneter und außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Mitglied des CDU-Präsidiums und Bezirksvorsitzender der MIT Ruhr

Eine Aufgabe der Außenpolitik

DEN DEUTSCHEN MITTELSTAND DURCH ROHSTOFF- UND RESSOURCENSICHERHEIT STÄRKEN

Von Philipp Mißfelder, MdB

Deutschland ist viel besser als andere Länder aus der Wirtschafts- und Finanzkrise hervorgegangen. Das ist zum großen Teil ein Verdienst des deutschen Mittelstandes, der ausbildet und Arbeitsplätze schafft. Ziel deutscher Außenpolitik ist es deshalb, mit Außenwirtschaftspolitik deutsche Unternehmen attraktiv und wettbewerbsfähig zu halten. Dazu gehört eine sichere Versorgung der deutschen Wirtschaft mit Rohstoffen in einem freien Weltmarkt ohne Handelsschranken und Exportbeschränkungen. Denn Deutschland und mit ihm der deutsche Mittelstand sind wie kaum ein anderes Land auf einen freien und fairen Welthandel angewiesen.

Versorgung mit Rohstoffen

Es ist unsere Aufgabe, die Rohstoffsicherheit des deutschen Mittelstandes als Angelegenheit der Außenwirtschaftspolitik und der Außenpolitik insgesamt zu sehen. Bereits 2006 heißt es im Weißbuch der Bundeswehr, dass es zur Sicherheitspolitik Deutschlands gehöre, „den freien und ungehinderten Welthandel als Grundlage unseres Wohlstands zu fördern und dabei die Kluft zwischen armen und reichen Weltregionen überwinden zu helfen.“ Das Bundeswehrmandat ATALANTA zur Piratenabwehr vor Somalia weist in dieselbe Richtung. In der Begründung dieses Mandats wird seitens der Bundesregierung neben dem wichtigen humanitären Zweck, Zugang zu den Flüchtlingen in Somalia zu erhalten, ausdrücklich auch auf den Schutz der Handelswege hingewiesen.

Ebenso wichtig wie die Sicherung von Handelswegen ist eine ausreichende Versorgung

der deutschen Wirtschaft mit Rohstoffen. Hochtechnologische Industriezweige wie die Energie- und Materialforschung sind zwingend auf strategische Rohstoffe angewiesen. Arbeitsplätze und die Frage, ob Deutschland Industrieland bleibt, hängen davon ab, ob es gelingt, den Zugang und die Versorgung langfristig zu sichern. Denn die wachsenden Ansprüche von weltweit über neun Milliarden Menschen – so die Prognose für 2050 – können gravierende Folgen haben. Laut Negativszenarien werden sie zu Verteilungskämpfen führen, das Schlagwort lautet „race for resources“. Dabei ist Deutschland kein rohstoffarmes Land. Doch die Bundesrepublik hat nicht die notwendigen Rohstoffvorkommen, um die verarbeitende Industrie zu versorgen, die vor allem im Hochtechnologiesektor steigenden Bedarf an metallischen Rohstoffen hat. Die Firmen sind auf Importe angewiesen.

Seltene Erden als Druckmittel

Somit wird das Thema Rohstoffversorgung an Bedeutung gewinnen und gerade für den hochspezialisierten deutschen Mittelstand eine herausragende Rolle spielen. Eine Schlüsselfunktion nehmen dabei die Seltenen Erden ein. Unter diesem Begriff werden 17 Spezialmetalle zusammengefasst, die in der Hightech-Produktion wie in der Bohr- und Schweißtechnik, der Hochleistungsbeleuchtung, der Laser- oder Medizintechnik unverzichtbar sind.

Weil gerade China über viele Jahre den Weltmarkt zu konkurrenzlos günstigen Preisen mit Seltenen Erden beliefert hat, wurde die Produktion in anderen Teilen der Erde nach und nach zurückgefahren. Resultat war, dass alleine im Jahr 2010 die Preise für diese Rohstoffe um durchschnittlich 130 Prozent stiegen. Hier wurde künstlich ein Monopol geschaffen, das sich heute als Druckmittel gegen die Produzenten von Hightech-Produkten einsetzen lässt.

„Rohstoff-Nationalismus“

Dabei sind die Seltenen Erden gar nicht so selten. Alleine die Vorräte auf dem Territorium der Europäischen Union werden auf etwa sieben Prozent geschätzt. Auch in Deutschland sind im sächsischen Storkwitz nennenswerte Vorkommen bekannt. Der Abbau der Seltenen

Bitte lesen Sie weiter auf Seite 14

Wir forschen intensiv nach weniger schädlichen Produkten.

Der Konsum von Tabakprodukten ist mit gesundheitlichen Risiken verbunden. Seit vielen Jahren forscht die British American Tobacco Gruppe deshalb an der Entwicklung risikoreduzierter Tabakprodukte. Damit möchten wir unserer Verantwortung gegenüber den Konsumenten unserer Produkte, den Erwartungen der Gesellschaft sowie unserem eigenen Anspruch eines verantwortungsbewussten Unternehmens gerecht werden. Dies ist uns ein zentrales Anliegen, denn das mit dem Tabakgenuss verbundene Gesundheitsrisiko ist und bleibt unsere wichtigste Herausforderung.

Mehr über unser Engagement erfahren Sie auf www.bat.de/verantwortung



**BRITISH AMERICAN
TOBACCO**
GERMANY

Erden, wie die Rohstoffförderung insgesamt, ist immer ein Eingriff in die Natur. Angesichts der Erfahrungen mit kleineren Vorhaben wie dem Bau von Starkstromleitungen ist erheblicher Widerstand durch Bürgerinitiativen zu erwarten, so dass es wohl auch mittelfristig zu keinem Abbau dieser Rohstoffe in Deutschland kommen wird.

Das Beispiel der Seltenen Erden belegt, was auch in Deutschland in der Vergangenheit versäumt wurde. Denn in der globalisierten Welt operieren Mitbewerber mit milliardenschweren Staatsfonds, mit denen staatseigene oder staatsgelenkte Rohstoffunternehmen gestützt werden. Es wird bereits von „Rohstoff-Nationalismus“ gesprochen. Bereits jetzt ist auch zu beobachten, wie Rohstoff-Lieferländer unter Missachtung internationaler Freihandelsregeln mit Exportbeschränkungen arbeiten, um ihren eigenen heimischen Unternehmen einen exklusiven Zugang zu Rohstoffen zu sichern. So listet der Katalog der Europäischen Union mehr als 450 Exportbeschränkungen für etwa 400 verschiedene Rohstoffe weltweit auf.

Marktmacht bündeln

Dabei ist das Versorgungsrisiko bei den Metallen – und vor allem bei den Hochtechnologie-metallen wie den Seltenen Erden – aufgrund der geographischen Lage der Vorkommen in auch politisch instabilen Regionen häufig höher als bei energetischen Rohstoffen wie Öl und Gas. Über die Hälfte der Länder, in denen Vorkommen an metallischen Rohstoffen nachgewiesen sind, werden in einer Studie der Weltbank als politisch instabil oder gar extrem instabil eingestuft. Fehlende Substitutionsmöglichkeiten steigern dieses Risiko noch.

Deshalb sind Strategien erforderlich, wie sich gerade der deutsche Mittelstand zusammenschließen kann, um Marktmacht und Kompetenzen zu bündeln. Eine Idee hierzu wäre die Gründung einer Rohstoffgesellschaft, die sich als firmenübergreifendes Unternehmen an Minenprojekten beteiligen und damit die Versorgung mit Massenrohstoffen wie Eisenerz und Kohle sichern kann. Denn seit der Umstellung der Rohstoffverträge von Jahres- auf Quartalsbasis im vergangenen Jahr haben sich die Erzpreise verdoppelt und führen im Verbund mit steigenden Energiepreisen in Deutschland zu echten Wettbewerbsnachteilen. Eine Rohstoffgesellschaft könnte hierbei

ein Ausweg sein, um sich aus der Abhängigkeit einzelner Lieferkonzerne zu lösen, die Deutschland ihre Preise diktieren.

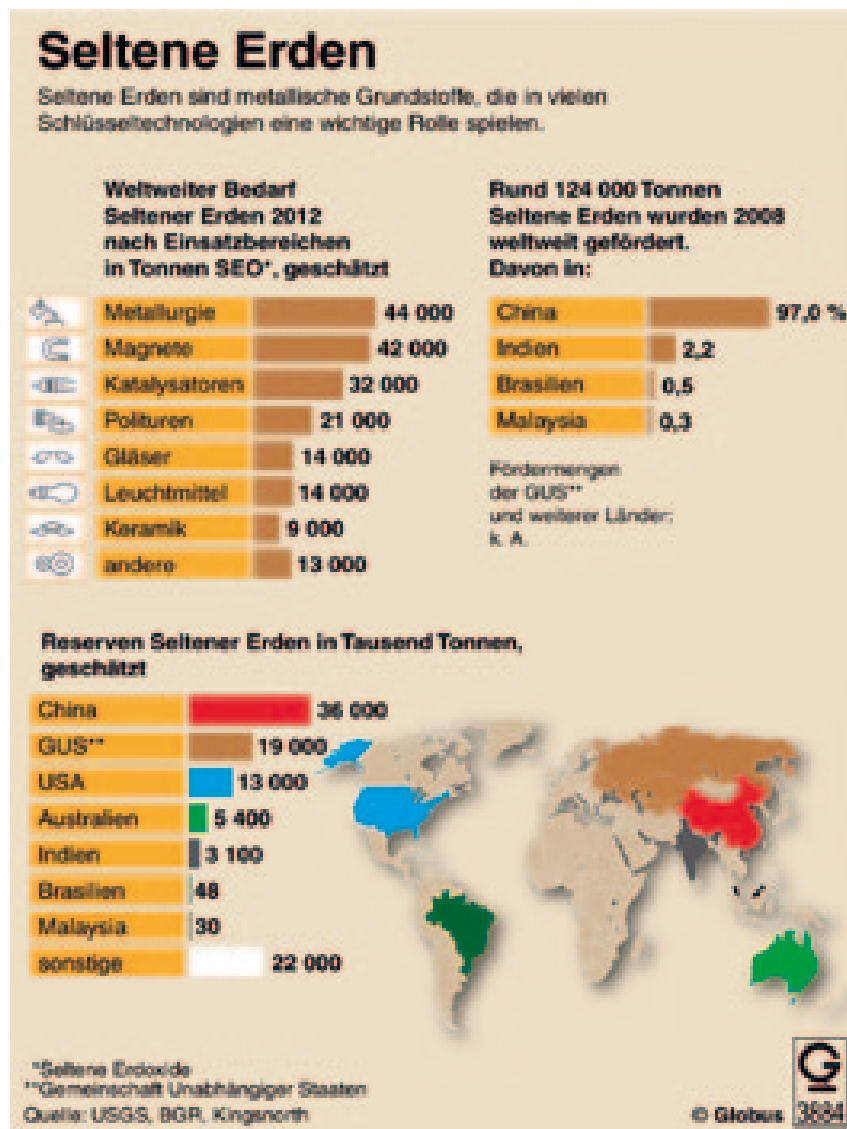
Rohstoffsicherheit ist kein Selbstzweck

Ein Rohstoffbeauftragter der Bundesregierung könnte darüber hinaus mit einem kleinen und effizienten Unterbau den Strategieprozess moderieren, Ansprechpartner für die Wirtschaft und den Mittelstand sein und die notwendige Kohärenz von Wirtschafts-, Außen- und Entwicklungspolitik herstellen.

Niemand kann die künftige Entwicklung der Rohstoffmärkte voraussagen. Die eingehende Analyse der treibenden Faktoren und die Herstellung von Transparenz über fundamentale Marktdaten erlauben es jedoch, belastbare Entwicklungstrends zu identifizieren. Dieser Trend geht in Richtung einer insgesamt stei-

genden Rohstoffnachfrage. Damit steigt auch die Gefahr einer geostrategischen Abhängigkeit Europas insbesondere bei metallischen Rohstoffen. Der vorübergehende Preisverfall im Zuge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise hat an der grundsätzlichen Bedeutung, unsere Rohstoffabhängigkeit zu reduzieren und sich um eine nachhaltige Sicherung unserer Rohstoffimporte zu bemühen, nichts geändert. Unternehmen, Bundesregierung und EU bleiben aufgefordert, durch ein aufeinander abgestimmtes Zusammenwirken den freien Zugang zu den Rohstoffen dieser Welt zu sichern.

Denn Rohstoffsicherheit ist kein Selbstzweck, sondern entscheidende Voraussetzung für die Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit der gesamten industriellen Wertschöpfungskette und damit für Wohlstand, Wachstum und Beschäftigung in Deutschland.



INTERVIEW

Wir brauchen eine Stabilitätskultur, keine neuen Ausgleichssysteme

Fragen an den Staatssekretär im Bayerischen Finanzministerium, Franz Josef Pschierer

In Europa geht ein Gespenst um, das der Inflation. Wie groß ist Ihre Sorge, dass die Europäische Zentralbank nicht mehr Herrin der Lage sein könnte?

Franz Josef Pschierer: Tatsächlich beobachten wir aktuell steigende Preise, vor allem bei den Rohstoffen und Nahrungsmitteln. Sorgen um die Preisstabilität sind daher verständlich. Eine massive Geldentwertung müssen wir aber nicht befürchten. Die Europäische Zentralbank (EZB) ist nach dem Vorbild der Deutschen Bundesbank vorrangig der Sicherung der Preisstabilität verpflichtet und hat in der Vergangenheit stets rechtzeitig auf Inflationsrisiken reagiert. EZB-Präsident Trichet hat erst unlängst bekräftigt, dass sich die EZB ihrer Verantwortung bewusst ist. Im Übrigen hat sich der Euro seit seiner Einführung als Erfolgsgeschichte für die deutsche Wirtschaft und die Menschen in Deutschland erwiesen. Freilich müssen die Euroländer das Ihre dazu beitragen, die Glaubwürdigkeit und Stabilität der Gemeinschaftswährung dauerhaft zu erhöhen: Dazu gehört ganz zentral, dass jedes Land seine Finanzen in Ordnung bringt und die Stabilitätskriterien wirklich ernst genommen werden.

Ein rasanter Preisanstieg ist für den Mittelstand in Deutschland eine große Gefahr. Gibt es Ideen und Pläne, wie man die mittelständischen Unternehmen vor allzu großen Verwerfungen schützen kann?

Pschierer: Zunächst einmal: Geld- und Finanzpolitik werden alles in ihrer Macht Stehende tun, damit es nicht zu einem ungezügelten Preisanstieg kommt. Unabhängig davon steht der Mittelstand im Fokus der Förderpolitik, denn es geht im Wesentlichen darum, größenbedingte

strukturelle Wettbewerbsnachteile mittelständischer Betriebe auszugleichen. Die Kredit- und Bürgschaftsprogramme sowie die Angebote zur Stärkung der Eigenkapitalbasis richten sich vor allem an den Mittelstand.

42 Prozent der Exporte der deutschen Wirtschaft gehen in den Euro-Raum. Durch eine gemeinsame Währung entfallen Wechselkursschwankungen und damit Kurssicherungskosten. Deutsche Unternehmen sparen auf diesem Weg Jahr für Jahr mehrere Milliarden Euro. Damit sichert der europäische Binnenmarkt nach Berechnungen des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) rund 5,5 Millionen Arbeitsplätze in Deutschland. Mit 27 Einzelwährungen wären wir in Europa viel schwerer aus der Krise gekommen. Alle anderen Währungen wären abgewertet worden, die D-Mark wäre heute so stark, dass deutsche Waren



Franz Josef Pschierer ist seit 1994 Mitglied des Bayerischen Landtags. Seit 2008 ist er Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen. Er ist seit 1995 MU-Mitglied und kooptiertes Mitglied im MU-Landesvorstand.

in anderen EU-Ländern kaum mehr wettbewerbsfähig wären. Ein Albtraum!

Die südeuropäischen Partner im Euro-Raum haben Schwierigkeiten, ihre Kredite zu refinanzieren. Droht dem Deutschen Steuerzahler die Haftung für andere Euro-Staaten? Kommt die Transferunion?

Pschierer: Bayern hat bereits in der Vergangenheit immer für einen stabilen Euro, solide Finanzen und gegen alle Tendenzen in Richtung Transferunion gekämpft. Wir werden auch weiterhin alles unternehmen, damit es zu keinem Marsch in eine Transferunion mit einer Haftung des deutschen Steuerzahlers für die Schulden anderer Länder kommt. Wir haben schon einen Länderfinanzausgleich, wir brauchen keinen zweiten! Alle Mitgliedsstaaten müssen jetzt zeigen, dass sie es ernst meinen mit der notwendigen finanzpolitischen Disziplin. Wir brauchen eine neue Stabilitätskultur, nicht neue Ausgleichssysteme!

Müssen sich andere Länder dem bayerischen und deutschen Vorbild anschließen?

Pschierer: Ein Haushalt ohne Neuverschuldung ist das zentrale Signal für Generationengerechtigkeit. Nachhaltige Finanzpolitik muss Spielraum für uns und auch für unsere Kinder und Kindeskinde erhalten. Dauerhafter Wohlstand, von dem alle Generationen profitieren, wird nur dann erreicht, wenn die Voraussetzungen staatlichen Handelns nicht aufgezehrt werden. Im Übrigen erleben wir gerade, quasi vor unserer Haustür, die Gefahren ausufernder Verschuldung.

Die Fragen stellte Stephan Ebner

Weitere Gängelung der Unternehmen mit Schutz von Beschäftigten-Daten



Foto: Pictopia

Die Datenskandale bei Lidl, Bahn, Telekom & Co. haben die Politik wachgerüttelt. Im Jahr 2009 wurde das Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) dreimal novelliert. Eine wichtige Änderung: Die Einführung des § 32, der den Beschäftigtendatenschutz regelt. Doch schon wenige Monate später wurde die Reform der Reform eingeleitet. Für Unternehmen haben die anstehenden Neuerungen weit reichende Konsequenzen.

„Von den anstehenden Änderungen ist praktisch jedes Unternehmen betroffen. Die Auswirkungen auf die betriebliche Praxis sind erheblich“, sagt Rechtsanwältin Isabell Conrad, Partnerin in der auf IT-Recht spezialisierten Kanzlei SSW Schneider Schiffer Weihermüller

in München und Mitglied des Informationsrechtsausschusses des Deutschen Anwaltvereins.

Das Grundproblem ist folgendes: Einerseits sind das Persönlichkeitsrecht und die informationelle Selbstbestimmung vom Grundgesetz geschützt. Andererseits sind personenbezogene Daten Wirtschaftsgüter und bedeutende Unternehmenswerte. Natürlich sind auch das Eigentum und die berufliche Entfaltung der Unternehmer durch die Verfassung geschützt. Es geht also um einen gerechten, effektiven und rechtssicheren Ausgleich dieser beiden Grundrechtspositionen.

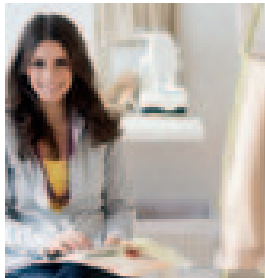
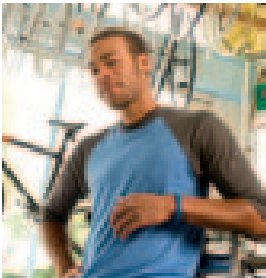
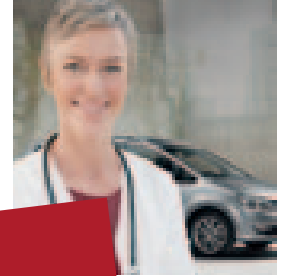
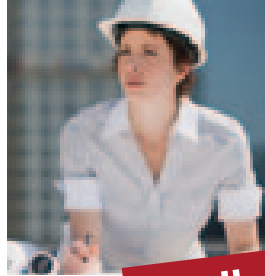
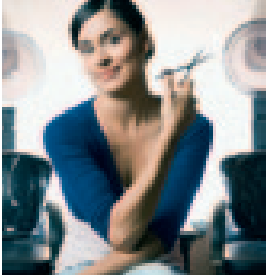
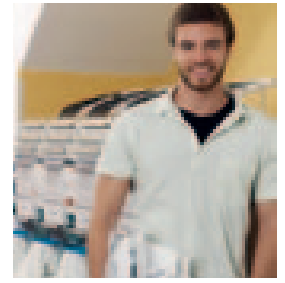
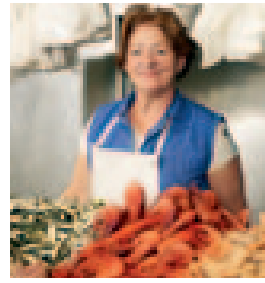
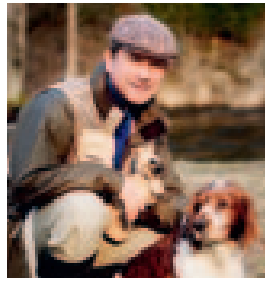
Es gilt das Verbotprinzip

Allerdings herrscht im Datenschutzrecht seit Jahrzehnten das Verbot-

prinzip, wodurch die informationelle Selbstbestimmung ein besonders starkes Gewicht hat: „Jeder Umgang mit personenbezogenen Daten ist gemäß § 4 Absatz 1 BDSG grundsätzlich verboten, soweit keine ausdrückliche Erlaubnis vorliegt. Dieses Prinzip ist auch in der europäischen Datenschutzrichtlinie verankert, es gilt also EU-weit“, erklärt Isabell Conrad. Bei personenbezogenen Daten gilt also gerade nicht: Alles was nicht ausdrücklich verboten ist, ist erlaubt, sondern das genaue Gegenteil: Für jedes Datum und für jeden Datenverarbeitungsvorgang benötigt das Unternehmen eine explizite Erlaubnis.

„Bisher galten in vielen Bereichen relativ breite gesetzliche Erlaubnisvorschriften,

Bitte lesen Sie weiter auf Seite 18



Für **alle** Selbstständigen:

- attraktive Prämie
- Fullservice Leasing

www.volkswagen.de/selbststaendige

Volkswagen belohnt Ihre Selbstständigkeit: Professional Class fahren – Kosten sparen.

Gute Neuigkeiten für alle Selbstständigen: Mit unserer Professional Class bekommen Sie viel Mobilität für wenig Geld! Denn unabhängig von der Finanzierungsform sichern Sie sich für nahezu jeden neuen Volkswagen Pkw eine attraktive Prämie. Beim GeschäftsfahrzeugLeasing können Sie außerdem starke Service-Module ganz nach Ihrem individuellen Bedarf dazubuchen. Wie wäre es zum Beispiel mit der Wartung und Verschleiß-Aktion? Oder dem Reifen-*Clever*-Paket?

Weitere Informationen zu unseren Angeboten sowie der kostenlosen Europa Tank & Service Karte *Bonus* erhalten Sie unter www.volkswagen.de/selbststaendige oder bei Ihrem Volkswagen Partner. Profitieren Sie von Preisvorteilen von bis zu 50 Prozent gegenüber den Normaltarifen. Und steigen Sie jetzt ein: **Ein kluges Konzept für kluge Köpfe.**

Professional Class
Volkswagen für Selbstständige



Das Auto.

die die praktischen Auswirkungen des Verbotsprinzips abgeschwächt haben. Die Datenskandale der letzten Jahre haben aber gezeigt, dass diese breiten Regelungen nicht wirklich effektiv sind. Deshalb findet man in dem neuen Entwurf teilweise sehr detaillierte Regelungen, etwa zur Videoüberwachung“, erläutert Isabell Conrad die Intention der geplanten Änderungen.

Lücken im Gesetzentwurf

Ein Beispiel: Viele Unternehmen wollen ihren Mitarbeitern in Maßen eine private Nutzung von Internet, E-Mail und Telefon erlauben und wünschen sich endlich Rechtssicherheit beim Umgang mit Telekommunikationsdaten. Der geplante § 32 i regelt aber nur den Umgang mit dienstlichen Telekommunikationsdaten. Ob und inwieweit das Unternehmen auf solche Daten zugreifen darf, wenn private und dienstliche Daten z.B. in den E-Mail-Archiven vermischt sind, klärt der Gesetzesentwurf nicht. Durch die Vermischung fällt die gesamte Kommunikation unter den strengen Datenschutz des Telekommunikationsgesetzes, unter Umständen auch unter das Fernmeldegeheimnis. Folglich sind solche Daten, auch die betrieblichen, dem Zugriff des Arbeitgebers weitgehend entzogen.“

Eine Konsequenz ist beispielsweise, dass die Verbindungsdaten des Mitarbeiter-Smartphones nicht ohne weiteres zur Kontrolle der Arbeitszeiten verwendet werden dürfen. Besonders heikel wird der Zugriff auf Telekommunikationsdaten, wenn der Unternehmer beispielsweise Korruption, den Verrat von Betriebsgeheimnissen oder andere Straftaten nachweisen oder verhindern will, ebenso, wenn er „nur“ mögliche Pflichtverletzungen eines Mitarbeiters aufdecken will. Allerdings sieht die geplante Änderung hier gewisse Erleichterungen zugunsten der Unternehmen vor.

Datenschutz deutlich ausgeweitet

Vielen Unternehmern ist noch nicht bekannt, dass schon durch den neu eingeführten § 32 BDSG die Daten-

„Jeder Unternehmer sollte sich ausdrücklich klar machen, dass neben dem Verbotsprinzip auch das Erforderlichkeitsprinzip und das Zweckbindungsprinzip gelten. Es dürfen also nur Daten erhoben und verarbeitet werden, wenn und soweit sie für einen vorab festgelegten Zweck tatsächlich erforderlich sind.“

schutzanforderungen deutlich ausgeweitet wurden. „Bis zum 1.9.2009 waren in der Privatwirtschaft von den Datenschutzvorschriften lediglich elektronische oder so genannte nicht automatisierte Dateien betroffen. Letzteres ist beispielsweise die Patientenakte eines Arztes“, erklärt die Partnerin von SSW Schneider Schiffer Weihermüller. „Inzwischen fallen jedoch alle personenbezogenen Beschäftigten- daten unter die Vorschriften, also auch Unterlagen in Papierakten, in letzter Konsequenz sogar handschriftliche Notizen zu Mitarbeitergesprächen oder ähnliches.“ Unternehmen müssen also ihre betrieblichen Abläufe dringend auf die Konformität mit den Datenschutzvorschriften hin überprüfen, unabhängig davon, ob sie bestimmte Vorgänge elektronisch verwalten oder nicht.

Eine weitere Änderung: Bislang haben sich viele Unternehmen die wegen des Verbotsprinzips notwendige Erlaub-

nis zur Datenerhebung und -nutzung durch eine individuelle Einwilligung von den Betroffenen selbst oder über eine Betriebsvereinbarung geholt. „Der Gesetzesentwurf schränkt die Möglichkeit zu solchen Lösungen ein“, erklärt die Expertin. „Viele der bislang üblichen Mitarbeitervereinbarungen und Betriebsvereinbarungen, die in einzelnen Punkten zu Lasten des Betroffenen vom BDSG abweichen, dies aber an anderer Stelle kompensieren, sind nach den geplanten Regelungen problematisch.“

Folglich muss der gesamte betriebliche Umgang mit personenbezogenen Daten auf den Prüfstand: Dabei geht es nicht nur um die tägliche Arbeit der Personalabteilung und das übliche Bewerbungs- und Einstellungsprocedere. Geprüft werden müssen vielmehr alle Prozesse, bei denen personenbezogene Daten erhoben, verarbeitet oder genutzt werden. Besondere Vorsicht ist selbstverständlich bei den Daten aus betrieblichen Gesundheitschecks nötig, wie sie in vielen Berufen erforderlich oder üblich sind (Drogen- und Alkoholtests, Gesundheitsprüfungen etc.). Ebenfalls keine Überraschung ist es, dass auch die gesamte E-Mail-Korrespondenz, sämtliche Telefonate sowie das Surfverhalten im Internet dem Datenschutz unterliegen. Doch auch bei der Zugangskennung oder der Zugangskontrolle zum Betrieb entstehen personenbezogene Daten, egal ob bei elektronischen Verfahren (Pins, Passwörter etc.) oder biometrischen Checks (z. B. Fingerabdruck). Das gleiche gilt für die Nutzung von Smartphones & Co., beim Thema GPS-Ortung oder auch bei Videokonferenzen.

Was dürfen Unternehmen überhaupt noch?

Vor der juristischen Überprüfung des bislang üblichen Umgangs mit Beschäftigendaten steht deshalb der Gang durch die Firma, um zu erfassen, bei welchen Abläufen überhaupt personenbezogene Daten tangiert werden. Idealerweise macht man dies gemeinsam mit dem betrieblichen Datenschutzbeauftragten, der sowieso in den meisten Unternehmen Pflicht



Rechtsanwältin Isabell Conrad

ist. „Jeder Unternehmer sollte sich ausdrücklich klar machen, dass neben dem Verbotsprinzip auch das Erforderlichkeitsprinzip und das Zweckbindungsprinzip gelten. Es dürfen also nur Daten erhoben und verarbeitet werden, wenn und soweit sie für einen vorab festgelegten Zweck tatsächlich erforderlich sind.“ Großzügiges Vorrats-Datensammeln im Stile mancher amerikanischer Internetfirmen ist also verboten. Sollen bestehende Datensätze zu neuen Zwecken ausgewertet werden, braucht das Unternehmen auch dafür eine Erlaubnis.

Ganz besonders heikel ist es, umfangreiche Datenpakete mit personenbezogenen Daten an Dritte weiterzuleiten, etwa an Zeitarbeitsunternehmen oder die ausgelagerte Lohnbuchhaltung. Ganz zu schweigen vom freizügigen Einblick in entsprechende Unterlagen für externe Berater oder Freelancer, die beispielsweise die Website hosten, die IT warten usw. „Wenn ein Unternehmen einen konzerninternen oder -externen Dienstleister beauftragt, der möglicherweise Zugriff auf personenbezogene Daten des Auftraggebers hat, ist im Regelfall ein so genannter Auftragsdatenverarbeitungsvertrag abzuschließen, dessen Inhalt detailliert vorgegeben ist“, erläutert die Rechtsanwältin. Diese Regelung gilt schon jetzt, der Entwurf sieht hier keine Änderungen vor.

Datenvermeidung

Grundsätzlich rät Isabell Conrad jedem Unternehmen, so wenige Daten wie möglich zu erheben und zu verarbeiten. „Es gilt das Gebot der Datenvermeidung und der Datensparsamkeit. Jedes Unternehmen ist gesetzlich verpflichtet, technische und organisatorische Maßnahmen zum Datenschutz zu ergreifen“, erklärt die Juristin.

S. B.

DEN ZUGRIFF REDUZIEREN

Faustregeln für den Umgang mit Beschäftigtendaten sind die Funktionstrennung sowie die Dezentralisierung: „Was der Betriebsarzt über den Mitarbeiter weiß, muss das Marketing natürlich noch lange nicht wissen. Nach diesem Prinzip sollte man im gesamten Unternehmen vorgehen. Wenn standardmäßig zunächst nur der direkte Vorgesetzte Zugriff auf die Leistungsdaten eines Mitarbeiters hat, reduziert man viele Datenschutzprobleme bereits im Vorfeld“, so die Juristin. Vorsicht ist dagegen bei Systemen geboten, die personenbezogene Daten automatisch nach bestimmten Stichworten prüft – etwa als automatisierter E-Mail-Check.

Die Verantwortung für die korrekte Umsetzung der Datenschutzbestimmungen trägt am Ende immer die Geschäftsführung, nicht der betriebliche Datenschutzbeauftragte. Gute, hoch qualifizierte Mitarbeiter haben oft keine Lust auf eine intensive Überwachung am Arbeitsplatz und können den Arbeitgeber problemlos wechseln. „Vor allem jedoch macht man sich mit unzureichendem Datenschutz angreifbar“, warnt Isabell Conrad. „Kommt es beispielsweise zu Kündigungsschutzklagen, kann der laxer betriebliche Umgang mit Beschäftigtendaten leicht zu einem unerwarteten Bestandteil des Verfahrens werden. Das Unternehmen wird dadurch im schlimmsten Fall erpressbar.“



MEHR IT-SICHERHEIT BEI DATEV

Viele Unternehmen arbeiten eng mit der DATEV zusammen. Natürlich müssen die vertraulichen Daten dort sicher, gegen Manipulationen geschützt und zuverlässig verfügbar sein. Seit kurzem ist das 2008 eingeführte Informationssicherheitsmanagementsystem (ISMS) der DATEV nach ISO 27001 zertifiziert. Die Norm enthält Bestimmungen über die Planung, den Betrieb, die Überwachung und Verbesserung von dokumentierten ISMS. Die Prüfung wurde von der unabhängigen DQS GmbH durchgeführt. Das ISMS-Zertifikat gilt für drei Jahre und wird jährlich überprüft. Im Internet ist es unter www.datev.de/datenschutz abrufbar.

Was Hänschen nicht lernt...



... lernt Hans sehr wohl. Das muss er auch, denn der demografische Wandel sorgt schon jetzt dafür, dass immer weniger Nachwuchskräfte verfügbar sind. Um eine erfolgreiche Firma weiterhin am Puls der Zeit zu halten, wird lebenslanges Lernen wichtiger denn je. Wer jetzt in die regelmäßige Weiterbildung von Mitarbeitern investiert, investiert in die Zukunftsfähigkeit und damit in das Überleben des eigenen Unternehmens.

„Noch immer dominiert in vielen Köpfen das so genannte Defizitmodell, bei dem unterstellt wird, dass mit zunehmendem Alter ein kontinuierlicher Abbau von Fähigkeiten verbunden ist“, sagt Brigitte Seyfried, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Bonner Bundesinstitut für Berufsbildung. „Die Forschung hat dieses Modell jedoch schon lange widerlegt.“ Richtig ist: Die so genannte fluide Intelligenz nimmt tendenziell ab, also alle Leistungen, die mit Ge-

schwindigkeit, Zeitdruck, raschem Aufgabenwechsel und schneller Auffassungsgabe zusammenhängen. Dafür gewinnt der Mensch im Bereich der so genannten kristallinen Funktionen: Strategisches Denken, Urteilsfähigkeit, sprachliche Kompetenz. „Dabei gibt es allerdings sehr große persönliche Unterschiede“, betont Seyfried. „Kaum etwas ist so individuell wie der Alterungsprozess.“

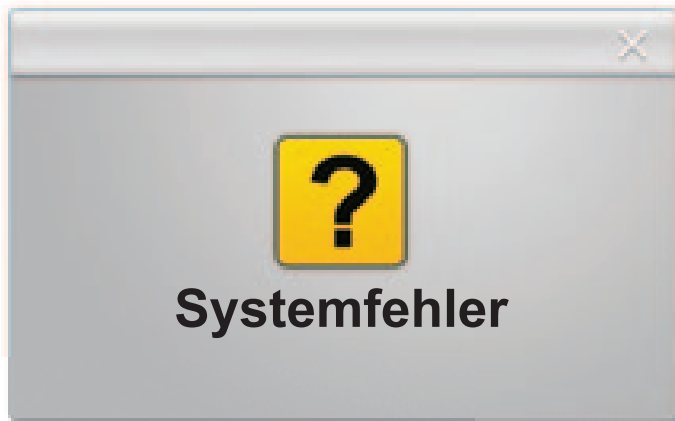
Fordern und fördern gilt auch hier

Warum sich das Vorurteil trotzdem so lange in den Köpfen hält? „Die jahrzehntelange Politik der Frühverrentung hat dazu geführt, dass wir relativ wenige ältere Arbeitnehmer in den Betrieben haben. Es fehlen oft schlicht die Erfahrungen, wie leistungsfähig die Älteren sind, weil

Bitte lesen Sie weiter auf Seite 22



The power to do more



Vermeiden Sie kostspielige Fehler. Erweitern Sie Ihr System um einen Dell Server.

Mit einem Dell Server können Sie Ihren E-Mail-Verkehr effizienter verwalten, Dateien schneller finden, Sicherungen beschleunigen und Fehler bei Ihren alltäglichen IT-Aufgaben vermeiden. Ein Dell Server ist einfach zu installieren und zu warten, kostet etwa genauso viel wie ein Desktop-PC und ist eine echte Bereicherung für Ihr Unternehmen.

8 Gründe für ein Upgrade

www.dell.de/FIRSTSERVER



Sparen Sie 216 €

PowerEdge™ T110

Ihr idealer erster Server

719 € 855 €
zzgl. MwSt. inkl. MwSt.

Gratis Versand

E-VALUE code: NP11-PE4T110RFS
Angebot gültig bis zum 19.4.2011

- Intel® Core™ i3-540 Prozessor (3.06 GHz, 4 MB Cache)
- Windows Server 2008 R2 Foundation Edition
- 2GB RAM (2x1GB), 1066MHz
- 500GB 7.2K rpm SATA HDD Festplatte
- 3 Jahre ProSupport für Endbenutzer



Rufen Sie uns an für ein Server-Angebot: 0180 522 40 98

Angebot gültig bis: 19.4.2011



**Schnell.
Intelligent.**

Celeron, Celeron Inside, Core Inside, Intel, Intel Logo, Intel Atom, Intel Atom Inside, Intel Core, Intel Inside, Intel Inside Logo, Intel vPro, Itanium, Itanium Inside, Pentium, Pentium Inside, vPro Inside, Xeon, und Xeon Inside sind Marken der Intel Corporation in den USA und anderen Ländern. Weitere in diesem Dokument verwendete Marken und Handelsnamen beziehen sich auf die jeweiligen Eigentümer oder deren Produkte. Dell Datenschutz: Wenn Sie Fragen oder Anmerkungen zum Datenschutz Ihrer Daten haben, kontaktieren Sie uns bitte unter der folgenden Adresse: Dell Datenschutz-Beauftragter, Dell, Postfach 2044, 36243 Niederaula, Germany oder per E mail dellprivacyde@dawleys.com. Diese werblichen Inhalte gelten nur für Geschäftskunden. Preise sind nicht rabattierfähig nach Rahmenverträgen und nicht mit anderen Angeboten kombinierbar. Es gelten die allgemeinen Geschäftsbedingungen der Dell GmbH. Änderungen, Druckfehler und Irrtümer vorbehalten. Kundendaten unterliegen der elektronischen Datenverarbeitung. Produkte können von Abbildungen abweichen. Preise inklusive Mehrwertsteuer sind auf volle Euro aufgerundet Dell GmbH, Unterschweinstiege 10, 60549 Frankfurt am Main. Geschäftsführer: Barbara Wittmann, Jürgen Renz, Mark Möbius. Eingetragen beim AG Frankfurt am Main unter HRB 75453. USt.-ID: DE 113 541 138, WEE-Reg.-Nr.: DE

deren Fähigkeiten und Kompetenzen in den letzten Jahren kaum noch abgefragt wurden“, so die Wissenschaftlerin. Studien zeigen nämlich: Je mehr Ältere in einem Unternehmen arbeiten, desto positiver wird deren Leistungsfähigkeit beurteilt.

Wie sich die tatsächlichen Kompetenzen eines Mitarbeiters verändern, hängt von seiner konkreten Tätigkeit, dem Bildungsniveau, der Biographie und der individuellen Lernerfahrung ab. Im Klartext heißt das: Wer schon immer Schwierigkeiten mit dem Lernen hatte, dementsprechend keine großartigen Bildungsabschlüsse vorweisen kann und seit Jahren ewig dieselben Routinetätigkeiten ausübt, dem fällt es tatsächlich im Laufe der Jahre immer schwerer, sich auf Änderungen einzustellen, Neues zu lernen oder komplexer werdende Aufgaben zu bewältigen. Wer dagegen an anspruchsvolle Tätigkeiten gewöhnt ist und sich sowieso regelmäßig mit Neuem auseinandersetzt, hat damit keine Probleme. Kein Wunder also, dass viele Intellektuelle, Ärzte, Anwälte, Politiker und natürlich auch Unternehmer oft bis ins hohe Alter erfolgreich sind. Umgekehrt bedeutet das aber auch: Wer seine Mitarbeiter regelmäßig fordert und fördert, wer für positive Lernerfahrungen, neue Herausforderungen und regelmäßige Weiterbildung sorgt, sorgt damit automatisch auch dafür, dass die Belegschaft dauerhaft produktiv und leistungsfähig bleibt.

Weiterbildung als Baustein der Personalentwicklung

Ein solches langfristiges Denken - sowieso eines der Erfolgsgeheimnisse des Mittelstandes - wird angesichts des anstehenden Fachkräftemangels wichtiger denn je. „Spätestens zwischen 2020 und 2025 wird der demografische Wandel wie eine Schockwelle in den Unternehmen spürbar sein“, sagt Brigitte Seyfried. Die heute 30- bis 40-Jährigen sind dann schon um die 50, jüngere Nachwuchskräfte werden zur heiß begehrten Mangelware. Jeder Unternehmer muss also schon

heute die Weichen richtig stellen, um die älter werdende Belegschaft fit zu halten für die Herausforderungen der Zukunft. Ein 50-Jähriger muss schließlich noch 17 Jahre Leistung bringen, ein 55-Jähriger immerhin noch 12 Jahre. „Die meisten Menschen werden zukünftig spürbar länger arbeiten. Die Unternehmen sollten deshalb im eigenen Interesse dafür sorgen, dass der Mitarbeiter den betrieblichen Anforderungen bis zum gesetzlichen Rentenalter genügen kann“, so die Expertin.

„Die Lernfähigkeit ist grundsätzlich bis ins hohe Alter intakt. Was sich allerdings ändert, ist die Lernmotivation und -bereitschaft.“

Regelmäßige Weiterbildung ist dabei nur ein Baustein der langfristigen Personalentwicklung. Auch hier ist ein Umdenken notwendig. Da in den letzten Jahrzehnten diverse Hierarchieebenen abgeschmolzen wurden, sind die Aufstiegsmöglichkeiten in vielen Firmen begrenzt. Es kann halt nicht jeder Karriere machen, und so mancher will das auch nicht. Trotzdem sinkt die Motivation, wenn die Aufgaben im Laufe der Jahre zur langweiligen Routine werden und keine Besserung in Sicht ist. „Für die Unternehmen wird es zunehmend wichtiger, auch dem älteren Mitarbeiter noch berufliche Perspek-

tiven zu bieten. Dabei geht es eher um interessante Tätigkeiten als um Führungsverantwortung“, erklärt Seyfried. Auch neuen Aufgaben und Herausforderungen halten nämlich die grauen Zellen der Belegschaft auf Trab und die Motivation hoch. „Gerade Ältere lernen sehr viel aus der so genannten informellen Weiterbildung, also aus dem Austausch mit Kollegen“, so die Expertin.

Bis ins Alter lernfähig

Leider wird allerdings immer noch unterstellt, dass man ab einem gewissen Alter kaum noch in der Lage ist, Neues zu lernen, der ältere Mitarbeiter also am besten auf bekanntem Terrain agiert. Doch das ist schlicht falsch: „Die Lernfähigkeit ist grundsätzlich bis ins hohe Alter intakt. Was sich allerdings ändert, ist die Lernmotivation und -bereitschaft“, so die Expertin. Wenig Sinn macht es deshalb, Älteren in einer spontanen Hau-Ruck-Aktion einen Weiterbildungskurs zu verordnen. „Die Teilnahme muss zum einen freiwillig sein und sich zum anderen nicht nur für die Firma, sondern auch für den Mitarbeiter selbst lohnen“, weiß Seyfried. „Die individuellen Interessen sollten deshalb unbedingt berücksichtigt und der Betreffende in die Planung mit einbezogen werden.“ Besonders begehrt sind Kurse, von denen man auch persönlich profitiert, etwa zur Gesundheitsvorsorge, zum Stressmanagement sowie Sprach- oder Computerkurse. Ganz wichtig: Die tollste Schulung nützt überhaupt nichts, wenn der Mitarbeiter das Gelernte im betrieblichen Alltag nicht anwenden kann oder darf. Dadurch entsteht nämlich der Eindruck: Das bringt alles nichts, das brauche ich sowieso nicht.

Regelmäßige Lernerfahrung

Wenn Mitarbeiter den gut gemeinten Vorstoß der Unternehmensspitze allerdings boykottieren, stecken nicht selten Ängste dahinter: Wird jemand aus heiterem Himmel plötzlich zur Weiterbildung geschickt, interpre-



Foto: BIBB

Brigitte Seyfried

tiert er dies nämlich leicht so, dass der Chef mit den bisherigen Leistungen nicht mehr zufrieden ist. Wer lange keine Schulbank mehr gedrückt hat, hat außerdem oft Angst, es nicht zu schaffen, vor allem, wenn am Schluss Prüfungen stehen. Auch das Lernen kann man nämlich verlernen. Umso wichtiger ist es deshalb, dass die Belegschaft regelmäßig positive Lernerfahrungen macht. Wichtig für die Motivation ist auch die Anerkennung des Chefs: Eine erfolgreiche Maßnahme sollte entsprechend gewürdigt werden, ganz besonders, wenn der Kurs in der Freizeit stattfand und/oder aus eigenen Mitteln finanziert wurde.

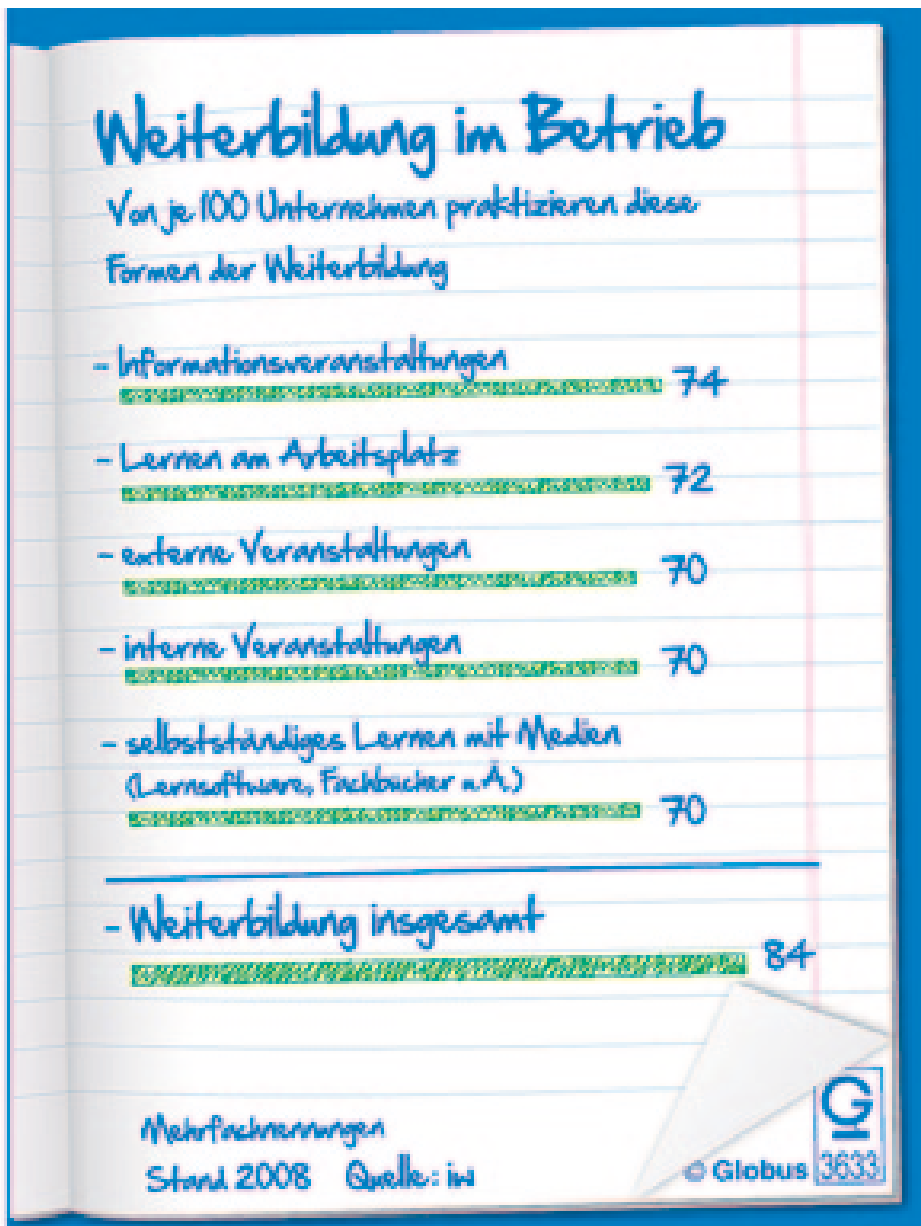
Auch die Unternehmenskultur spielt eine zentrale Rolle: „Je selbstverständlicher regelmäßige Weiterbildung für alle ist, desto weniger Akzeptanzprobleme gibt es normalerweise“, weiß Brigitte Seyfried. Wenn der Chef nämlich jeden von Anfang an fordert und fördert, dann wird das Lernen in jedem Alter zur Selbstverständlichkeit. Weitsichtige Unternehmer machen die Belegschaft deshalb durch regelmäßige und systematische Weiterbildung schon heute fit für die Anforderungen von morgen und können deshalb dem demographischen Wandel gelassen entgegensehen.

FÖRDERUNG VON AMTS WEGEN

Auch die Arbeitsagentur finanziert die Weiterbildung in vielen Fällen kräftig mit. Speziell für die Altersgruppe 45+ ist das Programm WeGebAU gedacht: Die Arbeitsagentur trägt bis zu 100 Prozent der Seminargebühren sowie weitere Kosten und zahlt dem Arbeitgeber Lohnkostenzuschüsse. Auch für Seminare während der Kurzarbeit oder bei Mitarbeitern ohne Schulabschlüssen ersetzt das Amt dem Arbeitgeber die Lohnkosten. Für Arbeitnehmer ab 45, die in Betrieben mit weniger als 250 Mitarbeitern tätig sind, übernimmt das Amt bis zum Ende des Jahres die Seminarkosten für die berufliche Weiterbildung (Bildungsgutschein). Infos unter www.arbeitsagentur.de oder bei der örtlichen Arbeitsagentur.

Arbeitnehmer, die maximal 25.600 Euro (gemeinsam Veranlagte: 51.200 Euro) verdienen, können zu reduzierten Seminargebühren lernen: Sie haben einmal pro Jahr Anspruch auf die Bildungsprämie. Hierbei werden 50 Prozent der Lehrgangskosten, maximal 500 Euro vom Staat übernommen.

Info: Gratis-Hotline:
0800-26 23 000,
www.bildungspraemie.info



Die schönste Yacht der Welt bekommt eine Schwester

Ab Frühjahr 2013 gibt es die EUROPA 2



Die EUROPA 2 fährt ab 2013 und ist die moderne Interpretation eines Luxusschiffes

Hapag-Lloyd Kreuzfahrten wird sein Angebot bis 2013 strategisch erweitern und die bestehende Flotte durch zwei Schiffe ergänzen. Mit dem Neubau MS EUROPA 2 wird das Unternehmen seine Vorreiterrolle im Luxussegment zum Frühjahr 2013 ausbauen. Zuwachs erhält das Premiumsegment ab April 2012 mit der COLUMBUS 2.

Sebastian Ahrens, Sprecher der Geschäftsführung von Hapag-Lloyd Kreuzfahrten: „Wir freuen uns, mit beiden Schiffen unsere Produktvielfalt zu erweitern, um neue Zielgruppen zu erreichen. Die EUROPA 2 ist die logische Weiterentwicklung und moderne Interpretation eines Luxusschiffes und wird neben der bestehenden EUROPA als lifestyleorientiertes und legeres Schwesterschiff auf 5-Sterne-Niveau positioniert. Die COLUMBUS 2 erfüllt die Nachfrage nach einem entspannten, modern konzipierten und zugleich kleinen Premiumschiff im deutschsprachigen Kreuzfahrtmarkt. Und bietet somit eine für uns inhaltlich und wirtschaftlich attraktive Erweiterung dieses Segments.“

Die EUROPA 2 hat mit elf Decks und 258 Suiten eine maximale Passagierkapazität von 516 Personen und bietet den größten Raum pro Passagier auf einem Kreuzfahrtschiff. Das Schiff verfügt über ausschließlich Verandasuiten mit einer Mindestgröße von 28 Quadratmetern. Spa-, Penthouse- und

Familien Suiten ergänzen das Wohnspektrum. Sieben Restaurants, inklusive Sushi-Bar, zwei Lounges sowie vier Bars bieten kulinarische Vielfalt und ein vielschichtiges Entertainment.

Mit siebentägigen kombinierbaren Reisen, die in den Sommermonaten ins Mittelmeer und im Winter zu Ferndestinationen führen, wird die EUROPA 2 besonders den Bedürfnissen von Berufstätigen sowie Familien gerecht, die legeren Urlaub in elegantem Ambiente auf hoher See wünschen. Die COLUMBUS 2 hat elf Decks und bietet mit 349 Kabinen Platz für

maximal 698 Passagiere. Mit nur 28 Innenkabinen, 89 Außenkabinen, 170 Balkonkabinen, 52 Penthouse Suiten sowie vier Vista- und sechs Owners-Suiten bietet das Premiumschiff einen für dieses Marktsegment sehr hohen Wohnstandard. Die geräumigen Kabinen haben eine Standardgröße von 20 Quadratmetern. Mit vier Restaurants und drei Bars verfügt das Schiff über eine gastronomische Vielfalt von leger bis sportlich-elegant. Die alte Columbus wird im Mai 2012 außer Dienst gestellt und durch die Columbus 2 abgelöst.



Auf der Europa gibt es ausschließlich Suiten. Sie haben eine Mindestgröße von 28 qm

BÜCHER

Bankenregulierung und Mittelstand

Hrsg. Handwerkskammer Düsseldorf
Geb., 250 S.,
Verlagsanstalt Handwerk, ISBN 978-3-86950-096-6

Dieses Buch dokumentiert auf eindrucksvolle Weise das 3. Röpke-Symposium in Düsseldorf, das sich mit dem hochaktuellen Thema „Bankenregulierung und Mittelstand“ beschäftigte. Hochkarätige Referenten, pointierte Beiträge, anspruchsvolle Diskussionen. Dieser Tagungsband gibt eine Diskussion wieder, die öffentlich zumeist am Kern des Problems vorbeigeht und dazu einen wohlthuenden Kontrapunkt setzt: Die Ursache der zurückliegenden Krise ist organisierte Verantwortungslosigkeit. Es geht nicht an, dass das Versagen zahlreicher Institutionen und Aufsichtsgremien, bis weit in die Politik hinein, auf die Gemeinschaft aller Steuerzahler, und damit auch der Unternehmen, abgewälzt werden soll.

Führen auf Augenhöhe

18,95 Euro
Cornelsen Verlag, ISBN 9783589237647



Sie wollen auf Mitarbeiter und Kollegen Einfluss nehmen, ohne auf den Dienstweg im Rahmen überlasteter und träger Strukturen angewiesen zu sein? Unternehmen setzen heute auf flache

Hierarchien und das Engagement und die Verantwortung ihrer Mitarbeiter. Das Buch stellte demokratische Organisationsformen vor und bietet Hilfestellung in der Unternehmensführung.

Erst Dein Traum macht Dich groß

Enkelmann
Geb., 224 S., 24,90 Euro
Gabal Verlag, ISBN 9783869361147

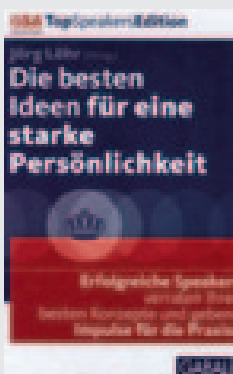
Wie wird eine Idee zum Wunsch und der Wunsch zur Vision? Und wie wird eine erfüllte Vision zum Eckpfeiler eines glücklichen Lebens? Mit klaren und einprägsamen Worten erklären Nikolaus und Claudia Enkelmann, warum Visionen so bedeutsam sind und wie wir unsere echten Wünsche erkennen und in die Tat



umsetzen können. Sie schlagen dazu einen Bogen von den antiken Glückslehren, über die Macht der Gedanken hin zur Frage nach der Sinnhaftigkeit des Lebens.

Die besten Ideen für eine starke Persönlichkeit

Geb., 384 S., 29,90 Euro
ISBN 9783869361086



Wie werden wir souveräner, authentischer und gelassener? Wie meistern wir Extremsituationen und Stress? Wie finden wir einen Job, der uns ausfüllt, und was können wir tun, um vom Gedächtnisbesitzer zum Gedächtnisbenutzer zu avancieren? 22 Top-

Experten geben auf solche Fragen ebenso spannende wie kurzweilige Antworten.

Unternehmen von der schönsten Seite

Sonja Ulrike Klug
Hardcover, 304 S., 79,95 Euro
mi-Wirtschaftsbuch,
ISBN 978-3-86880-121-7

Im Corporate Publishing nehmen Bücher einen hohen Stellenwert ein und unterstützen als Premium-Instrumente Marketing und PR. Das Buch zeigt anhand von über 100 Unternehmensbüchern praxisnah und anschaulich, wie Firmen Bücher gewinnbringend in die Unternehmenskommunikation einbinden können. Die Autorin hat mehr als 170 Firmenbücher auf den Markt gebracht.

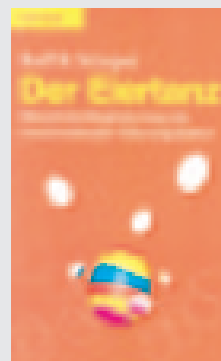
Professionelles Kundendienstmanagement

Hofbauer/ Rau
Geb., 272 S., 49,90 Euro
Publicis, ISBN 978-3-89578-373-9

Kundendienstmanagement, wer weiß das nicht, bietet ein größeres Differenzierungspotenzial gegenüber dem Wettbewerb und bessere Wachstumschancen als das reine Produktgeschäft. Die Aufgaben erstrecken sich dabei über den gesamten Lebenszyklus der Produkte und Leistungen. Dieses Buch stellt ein Modell vor, das alle kaufmännischen und technischen KD-Leistungen erfasst und mehr abdeckt als das klassische Sales-Management.

Der Eiertanz

Ralf R. Strupat
Geb., 192 S., 24,90 Euro
Orell Füssli, ISBN 978-3-280-05394-2



In vielen Unternehmen tickt eine Zeitbombe: Der Wettbewerb wird immer härter und schneller, doch die Mitarbeiter ziehen nicht richtig mit. Die Lösung ist zugleich ein Eiertanz: Begeisterte und begeisternde Führungskräfte, die die Mitarbeiter mitreißen. Dieses Buch ist ein Kompass für Leitende „auf der Unternehmensfahrt von der Motivationswüste ins Begeisterungsland.“

Verlosung

Unter unseren Leser verschenken wir wieder 5 Bücher. Senden Sie einfach eine Mail mit Ihrer Adresse an den Verlag unter dem Stichwort „Bücher“.

Am besten gleich nach Erscheinen, denn die ersten 5 Einsender gewinnen.

info@mitmagazin.com

Viel Glück! Ihre Redaktion

Die Gewinner der letzten Ausgabe: Angela Lang, Mellrichstadt; Bettina Schanz, Neuweiler; Roger Zörb, Hamburg; Dirk Freudenberg, Mühlheim/ Main; Adolf Spanier, Lohmar

AUTO-TEST

Der Astra hilft Kosten zu senken

„Der neue Astra Sports Tourer bringt Stil, Funktionalität und Technologie in das Kompaktkombi-Segment“, schreibt Opel über seinen Jüngsten. In der Tat – es erstaunte uns doch, was dieses Auto, das in seiner Grundversion schon für weniger als 20.000 Euro zu haben ist, seinem Nutzer bietet. Als Sonderausstattung ist das Auto mit technischen Feinheiten zu haben, die es sonst nur in der Oberklasse gibt, z.B. Frontkamera, adaptives Fahrlicht, Berganfahrhilfe oder das Sicherheitsfahrwerk.

Hinzu kommen Motoren im Leistungsspektrum zwischen 95 und 180 PS, sogar mit Start-Stop-Technik, allerdings zunächst nur beim 1,3 Liter Diesel. Besonders stolz sind die Konstrukteure auf den geräumigen Innenraum mit einem Gepäckabteil, das sich mühelos von 500 auf über 1.500 Liter vergrößern lässt. Praktisch ist auch das Flex-Organizer-System aus Transport- und Auf-



Dynamischer Auftritt, kombiniert mit agilen Fahreigenschaften: der neue Astra Sports Tourer

bewahrungselementen, das es erlaubt, den Laderaum individuell und einsatzorientiert einzuteilen. Dadurch wird der Tourer auch für Gewerbetreibende und Handwerker interessant. Auch als Zugfahrzeug macht der Astra mit seiner Anhänger-Stabilitätskontrolle eine gute Figur.

Der Astra punktet noch in anderer Hinsicht: bei den Betriebs- und den Reparaturkosten. Eine durchdachte Konstruktion von Aufprallbereichen und Stoßfängern senkt Reparaturkosten und führt zu günstigen Versicherungsprämien. Eine clevere Lösung auch für Geschäftskunden – wie wir finden.

G.K.

Zurück zum alten Saab



Die neuen Eigentümer sind mit Saab und den neuen Modellen auf einem guten Weg

Mit neugestylten Autos und einer Top-Technik überrascht die niederländische Spyker Cars, seit gut einem Jahr neue Eignerin der vormaligen GM-Marke Saab. Neu vorgestellt wurde der Saab 9-5 Sport Combi mit den Attributen der bereits marktgängigen Limousine. Als Ergänzung zum kom-

plett turbogeladenen Motorenprogramm (Benzin, Bioethanol und Diesel) der Limousine bietet der Combi auf Wunsch ein Allradantriebssystem. Hinzu kommen als feine Extras das adaptive Fahrwerksystem, ein adaptiver Tempomat, adaptive Scheinwerfer, ein Keyless Entry, ein Dreizonen-

Klimasystem und ein Head-up-Display, das wichtige Fahrzeugdaten an die Windschutzscheibe projiziert.

Mögen die Konstrukteure auch noch so stolz sein auf die geschwungene Optik des 9-5, sie geht zweifelsfrei auf Kosten der Rundumsicht des Fahrers. Vor allem der Blick nach rechts hinten ist bei der Limousine sehr stark eingeschränkt.

In Deutschland gilt der Saab als „Rechtsanwalts-Auto“ – mag's an der extravaganten Form, den kleinen Stückzahlen oder vielleicht doch an den hohen Rabatten liegen, die Anwaltsvereine für ihre Mitglieder erzielen – Zielgruppe bleiben Freiberufler und Akademiker, halt „Leute, die sich abheben, anders sein wollen und im gehobenen Segment unterwegs sind“, heißt es bei Saab. Diese neue Individualität, die Saab bei GM Stück für Stück einbüßte, könnte sie unter Spyker zurückgewinnen. Saab ist auf einem guten Weg.

G.K.

RECHT IM GESPRÄCH



Wolf-Dietrich Bartsch,
Rechtsanwalt
und Notar,

stellt sich den Fragen unserer Leser

Rechtliche Fragen beherrschen unseren Alltag und auch das Miteinander im Berufsleben. Die Beziehungen zwischen Unternehmen stehen ebenso auf dem rechtlichen Prüfstand, wie die Vertragsverhältnisse zwischen Firmen und Verbrauchern.

Wir wollen helfen, mehr Licht in den Paragraphen-Dschungel zu bringen. Dazu geben wir Ihnen gerne die Gelegenheit, uns Fragen zu rechtlichen Problemen zu senden. Eine kurze Mail genügt. Wir werden jeden Monat ausgewählte Fragen veröffentlichen und beantworten oder zu aktuellen Themen Wissenswertes mitteilen.

Aber Achtung: *Es geht dabei nicht um eine individuelle rechtliche Beratung. Die erhalten Sie bei Ihren Rechtsanwälten vor Ort. Wir wollen vielmehr allgemeine rechtliche Tendenzen aufzeigen.*

Im ersten Teil unserer Rubrik geht es um die Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt), kurz auch UG (haftungsbeschränkt) genannt. Unsere Leserin Gabi L. hat vor einiger Zeit eine solche Firma gegründet und fragt nach Entwicklungen im Hinblick auf die „Aufstufung“ zu einer GmbH.

Grundsätzlich gelten für eine Unternehmergesellschaft die gleichen Grundsätze wie für eine GmbH. Das GmbH-Gesetz ist auf die Unternehmergesellschaft voll anwendbar. Es gibt nur einige Sonderregelungen im Rahmen der Gründung. Bei der Gründung einer Unternehmergesellschaft

ist ein Stammkapital von 1,00 Euro ausreichend. Bei der Gründung einer GmbH ist ein Stammkapital von 25.000,00 Euro einzuzahlen. Möchte man nun aus der Unternehmergesellschaft eine GmbH machen, wäre also die entsprechende Differenz zwischen dem aktuellen Stammkapital der UG (haftungsbeschränkt) und dem Gründungstammkapital der GmbH einzuzahlen.

Umstritten ist in der Literatur und der Rechtsprechung, ob die „Vergünstigungen“, die bei einer Gründung einer GmbH bestehen, auch für die Aufstockung gelten. Bei der Neugründung einer GmbH ist es bei mehreren Gesellschaftern gem. § 7 Abs. 2 GmbHG erlaubt, lediglich 12.500,00 Euro Stammeinlage sofort einzuzahlen. Das Oberlandesgericht München vertritt eine sehr strenge Auslegung des GmbH-Gesetzes. Danach darf die aus der Unternehmergesellschaft hervorgegangene GmbH nur im Handelsregister eingetragen werden, wenn das Stammkapital voll eingezahlt ist. Insofern beruft sich das Oberlandesgericht auf die Sonderregel des § 5 a II GmbHG, wo auch eine Volleinzahlung verlangt wird. Das Oberlandesgericht sieht keine Möglichkeit, davon abzuweichen, da der Gesetzestext eindeutig ist. Faktisch wird natürlich damit der Gründer einer UG (haftungsbeschränkt), der diese in eine GmbH umwandeln möchte, schlechter gestellt, als derjenige, der gleich eine GmbH gründet. Ob die anderen Gerichte dieser strengen Auslegung folgen werden, bleibt in den nächsten Jahren abzuwarten.

Praxistipp: Vor der Gründung einer UG (haftungsbeschränkt) sollte also sehr genau überlegt werden, ob eine baldige „Aufstockung“ in eine GmbH vorgesehen ist. Hier sollte gegebenenfalls mit den Rechts- und Steuerberatern erörtern werden, ob nicht gleich als GmbH firmiert werden kann, da dann in der wirtschaftlichen Gesamtschau eine geringere Stammeinlage einzuzahlen ist.

Unser Leser Manfred T. hat eine Frage zum Mietrecht. Er hat gehört, dass für

bestimmte Mietobjekte eine Nebenkostenabrechnung bereits innerhalb von 12 Monaten nach Ablauf des Abrechnungszeitraumes erstellt werden muss. Er möchte wissen, ob dieses generell richtig ist.

Tatsächlich ist es so, dass § 556 III 3 BGB einen Ausschluss von Betriebskostennachforderungen vorsieht, sofern der Vermieter 12 Monate nach Ablauf des Abrechnungszeitraumes diese verlangt. Allerdings sieht das Gesetz eine Geltung dieses Paragraphen nur für Wohnraum-Mietverträge vor. Für Geschäftsraum-Mietverträge gibt es keine parallele Norm. Die Rechtsprechung und die Literatur ist sich insoweit einig, dass eine analoge, also entsprechende Anwendung auf Geschäftsraummieter nicht in Frage kommt. Hätte der Gesetzgeber diese Vorschrift auch für Geschäftsräume Anwendung finden lassen wollen, so hätte er unproblematisch eine entsprechende Regelung beschließen können.

Der Bundesgerichtshof hat sich in einer Entscheidung vom 17.11.2010 mit dieser Thematik befasst. Laut BGH sind keine Anhaltspunkte dafür ersichtlich, dass der Gesetzgeber eine Regelung für Geschäftsräume versehentlich unterlassen hat. Allerdings weist der BGH darauf hin, dass Forderungen wegen Nebenkosten auch verwirken können. Im Rahmen der Verwirkung sind verschiedene Punkte zu prüfen. Dabei ist auch ein so genanntes Zeitmoment zu berücksichtigen. Hier schließt sich der Bundesgerichtshof der Auffassung an, dass die Jahresfrist, wie sie für Wohnraum-Mietverträge gilt, auch bei Geschäftsraummieter angemessen ist. Die Abrechnung muss also innerhalb von 12 Monaten aufgestellt werden. Geschieht dies nicht, kann es zur Verwirkung kommen. Allerdings müssen weitere Umstände hinzutreten. Der Mieter muss darauf vertrauen dürfen, dass die Abrechnung nicht mehr erfolgen wird. Allein „eine verspätete“ Abrechnung ist nicht ausreichend.

Schreiben Sie uns: rechtsfragen@mitmagazin.com

Werbung nach Todesfall

BGH; Urteil vom 22.04.2010;
I ZR 29/09

Zwei Wochen nach einem Todesfall schrieb ein Steinmetz an die Hinterbliebenen und wies auf seine Dienste hin. Die Zentrale zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs e.V. hält dieses für eine unzumutbare und damit auch wettbewerbswidrige Belästigung. Sie klagte gegen den Unternehmer. Nach Rechtsauffassung der Klägerin liegt eine Belästigung immer dann vor, wenn die Hinterbliebenen innerhalb der ersten vier Wochen nach dem Todesfall zu Werbezwecken angeschrieben werden.

Der BGH verkennt nicht, dass eine Belästigung gerade in einer solchen Situation möglich ist. Allerdings schränkt er den Zeitraum deutlich ein. Ein Unternehmer, der Grabmale und andere für die Ausstattung von Grabstätten benötigte Gegenstände vertreibt, belästigt die Angehörigen eines Verstorbenen durch ein (frühestens) zwei Wochen nach dem Todesfall versandtes Werbeschreiben nicht unzumutbar, so der BGH.

Denkmalschutz versus Umweltschutz

VG Berlin; Urteil vom 09.09.2010;
16 K 26/10

Denkmalschutz und Umweltschutz müssen kein Widerspruch sein. Dies hat das Verwaltungsgericht Berlin nunmehr in einem Urteil bestätigt. Ein Eigentümer hatte beantragt, auf seinem denkmalgeschützten Haus eine Solaranlage installieren zu dürfen. Er war damit zunächst bei der Denkmalbehörde gescheitert. Auch sein Widerspruchsverfahren blieb erfolglos.

Das Verwaltungsgericht gab seiner gegen den ablehnenden Bescheid gerichteten Klage statt. Der Denkmalschutz hat danach nur Vorrang, wenn eine mehr als geringfügige Beeinträchtigung zu befürchten ist. Diese konnte das Verwaltungsgericht hier nicht erkennen. Die Solaranlage sollte auf der der Straße abgewandten Seite des Daches installiert werden. Eine erhebliche Veränderung des ge-

AKTUELLE URTEILE

Zusammengestellt von Wolf-Dietrich Bartsch, Rechtsanwalt und Notar



rechtsfragen@mitmagazin.com

samen Bildes ist damit nicht zu befürchten. In der Einzelfallbetrachtung, die bei solchen Fragen immer durchzuführen ist, darf auch der ökologische Nutzen einer solchen Anlage nicht vergessen werden.

Abberufung und Treuepflicht

OLG Köln; Urteil vom 01.06.2010;
18 U 72/09

Streit gibt es immer und überall. Das Oberlandesgericht Köln hatte einen Fall zu entscheiden, in dem der Geschäftsführer einer GmbH sich zumindest mit einigen Gesellschaftern überworfen hatte.

Der Geschäftsführer der GmbH hatte ein Darlehen gekündigt. Dieses war ein riskantes Manöver, da damit zugleich die Existenzgrundlage der GmbH in Gefahr geriet. Nach dem Gesellschaftsvertrag hätte ein Gesellschafterbeschluss vor der Kündigung eingeholt werden müssen. Dem Geschäftsführer war klar, dass er eine solche Entscheidung der Gesellschafter nicht hätte herbeiführen können. Gleichwohl hat er die Kündigung ausgesprochen. Ein Teil der Gesellschafter, die jedoch nicht über die 3/4 Mehrheit verfügten, die für solche Fragen gem. Vertrag erforderlich war, verlangte nun die Abberufung des Geschäftsführers. Ein Mitgesellschafter wollte dem nicht zustimmen. Die Gesellschafter klagten gegen diesen Mitgesellschafter. In der ersten Instanz wurde der Prozess verloren. Das Oberlandesgericht Köln gab der Klage statt.

Das Oberlandesgericht sah in der Verweigerung des einen Gesellschafters einen Verstoß gegen seine Treuepflicht. Der Geschäftsführer hatte einen schwerwiegenden Verstoß gegen die vertraglich festgelegten Pflichten begangen. Er hätte einen Beschluss der Gesellschafter bei einer Entscheidung von dieser Tragweite herbeiführen müssen. Er hat die Gesellschafter jedoch vor vollendete Tatsachen gestellt. Die Interessen des der Abberufung nicht zustimmenden Gesellschafters werden nach Auffassung des Oberlandesgerichts ausreichend dadurch gewahrt, dass die Bestellung eines neuen Geschäftsführers nur mit seiner Zustimmung erfolgen kann.

Mit Vorschuss ins Hotel

OLG Köln; Urteil vom 03.11.2010;
11 U 54/10

Nicht jede gekaufte Immobilie hält das, was vorher Prospekte versprochen haben. Dies musste auch der Käufer einer Eigentumswohnung feststellen. Er entdeckte schwerwiegende Mängel am Fußboden. Er setzte dem Verkäufer eine Frist zur Behebung der Mängel. Die Frist lief jedoch erfolglos ab. Nun machte der Käufer Zahlungsansprüche geltend. Er verlangte einen Vorschuss im Hinblick auf die zu erwartenden Mängelbeseitigungskosten, da der Verkäufer sich weigerte, entsprechende Arbeiten ausführen zu lassen. Als Teil dieses Vorschusses verlangte der Käufer auch Unterbringungs- und Verpflegungsmehrkosten. Während der Baumaßnahme war es ihm nicht möglich, in der Wohnung zu leben.

Das Oberlandesgericht Köln folgte der Rechtsauffassung des Käufers. Bislang war es in der Rechtsprechung sehr umstritten, ob auch für etwaige Hotelübernachtungen und einen Verpflegungsmehraufwand bereits Vorschusszahlungen verlangt werden können. Das Oberlandesgericht sprach dem Erwerber einen solchen Vorschuss zu.

Die Handwerkskammern und ihre Rolle in der Politik

„Das Handwerk atmet endlich wieder auf. Ein kräftiges Selbstbewusstsein will sich wieder entfalten in seinen Reihen; der Korpsgeist regt leise Schwingen; es zeigt sich allenthalben Opferbereitschaft, fester Wille, klare Einsicht. Die Saat ist in ein gutes Erdreich gefallen.“ Nahezu poetisch blickt die Handwerkskammer für Mittelfranken auf ihre Gründung, die mit der Novellierung der Reichsgewerbeordnung vollzogen worden war. Am 1. April 1900 entstanden in Deutschland 71 Kammern. Als Körperschaften des öffentlichen Rechts wurde den Handwerkskammern weitgehende Selbstverwaltungsbefugnisse eingeräumt. Zu ihren Kernaufgaben zählten nun gemäß § 103 der Reichsgewerbeordnung „a. die nähere Regelung des Lehrlingswesens; b. die Überwachung der Durchführung der für das Lehrlingswesen geltenden Vorschriften; c. die Unterstützung der Staats- und Gemeindebehörden in der Förderung des Handwerks durch tatsächliche Mitteilungen und Erstattung von Gutachten über Fragen, welche die Verhältnisse des Handwerks berühren; d. die Formulierung von Wünschen und Anträgen, welche die Verhältnisse des Handwerks berühren...“

Vielseitiger Wirtschaftszweig

Heute ist das Handwerk der vielseitigste Wirtschaftszweig Deutschlands. Er bildet mit seinen kleinen und mittleren Betrieben das Kernstück der deutschen Wirtschaft. Die rund 975.000 Handwerksbetriebe sind heute in 53 Handwerkskammern organisiert. In den Betrieben arbeiten rund 4,75 Millionen Menschen. Fast 462.000 Lehrlinge erhalten darin eine qualifizierte Ausbildung (Stand: 31.12.2009). Das sind 11,8 Prozent aller Erwerbstätigen und 29,8 Prozent aller Auszubildenden in Deutschland.

Im Jahre 2009 erreichte der Umsatz im Handwerk einschließlich Mehrwertsteuer rund 488 Milliarden Euro.

Die Handwerksbetriebe unterliegen der Pflichtmitgliedschaft. Nach Auffassung des sächsischen Staatsministers der Justiz und Europa, Dr. Jürgen Martens, ist dieser Eingriff in die allgemeine Handlungsfreiheit der Kammermitglieder „letztlich durch die gleichermaßen im Interesse der Mitglieder und der Allgemeinheit liegende Erfüllung der den Kammern gesetzlich übertragenen Aufgaben gerechtfertigt“. Für ihn stehen die Gesichtspunkte Autonomie und Subsidiarität im Vordergrund, nicht die Pflichtmitgliedschaft.

Kammern Teil des Staatsaufbaus

Der Deutsche Handwerkskammertag kommt in einer Studie zum Kammerwesen aus dem Jahr 2006 zum Schluss, dass die „Handwerkskammern heute multifunktionale Einrichtungen“ sind,

die als Behörde Teil des Staatsaufbaus sind und Funktionen der mittelbaren Staatsverwaltung wahrnehmen. Sie sind zugleich aber gegenüber ihren Mitgliedern auch Dienstleister mit einem umfangreichen Beratungsangebot. Wichtig ist jedoch ebenso ihre Lobbyarbeit als Interessenvertretung des Handwerks sowohl in ihrer Region als auch auf Landes- und Bundesebene gegenüber Verwaltung und Politik.

Diesen Aufgaben gerecht werden kann das Kammerwesen aber nur, wenn es sich nicht als Selbstzweck und bewahrende Instanz des Althergebrachten sieht, sondern sich wie seine erfolgrei-

Heute ist das Handwerk der vielseitigste Wirtschaftszweig Deutschlands. Er bildet mit seinen kleinen und mittleren Betrieben das Kernstück der deutschen Wirtschaft.

chen Handwerksbetriebe auch, den Herausforderungen der Zeit stellt. Die Kammern als „Relaisstation zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft“ verlangen eine Bündelung

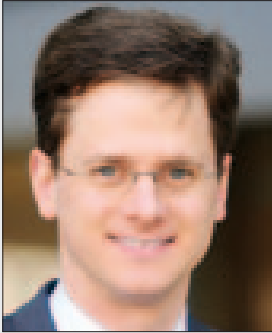
der Kompetenz. Das Handwerk hat bereits im November 2005 einen Reformprozess eingeleitet, dessen Ziel eine leistungsstarke, zukunftsfähige und selbstständige Handwerksorganisation ist. Es setzt dabei auf regionale Verantwortung und den Ausbau von Kooperationen und Zusammenarbeit. So sollen Anreize zur Stärkung und Synergien nutzbar gemacht werden.



Prof. Dr. Elmar Forster ist Hauptgeschäftsführer der HWK Mittelfranken. Er ist kooptiertes Mitglied im Landesvorstand der MU

Die Handwerkskammern bedienen sich – wie alle anderen Handwerksorganisation auch – eines Benchmark-Verfahrens. Das Ziel heißt Erschließen und Nutzen von Verbesserungspotenzialen durch Abgleich der Leistungskennziffern. Denn eine funktionale und bei ihren Handwerksmitgliedern geachtete Selbstverwaltung im verfassten Kammerwesen kann auf Dauer nur bestehen, wenn sie als kompetent, effizient und zukunftsorientiert wahrgenommen wird.

Die Mitglieder der MIT



Der Diplom-Volkswirt **Dr. Carsten Linnemann**, MdB, ist seit August 2003 Mitglied der MIT in Paderborn. Im Jahr 2009 zog er direkt in den Deutschen Bundestag ein und ist dort Mitglied des Ausschusses für Arbeit und Soziales sowie stellvertretendes Mitglied im Finanzausschuss.

Zuvor assistierte er von 2006 bis 2007 dem Chefökonom der

Deutschen Bank, Prof. Norbert Walter, bei Deutsche Bank Research in Frankfurt und war danach bis 2009 bei der IKB Deutsche Industriebank für den Bereich Konjunktur und Mittelstand zuständig. Der Konrad-Adenauer-Stipendiat promovierte 2006 an der TU Chemnitz und erhielt im Jahre 2003 den Bundesforschungspreis des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF). In der MIT engagiert er sich als Landesvorstandsmitglied der MIT NRW und als kooptiertes Mitglied im MIT-Bundesvorstand. Gemeinsam mit dem Bundesvorstandsmitglied Rainer Kiank sitzt er der Kommission Arbeitsmarkt und Soziales des MIT-Bundesvorstandes vor. „Ich bin Mitglied der MIT, weil sie Ludwig Erhards Ideen aufrecht erhält. Diese Ideen haben unser Land groß gemacht – was immer mehr in Vergessenheit gerät,“ so Linnemann.

Gewerbesteuererhöhung ist mittelstandsfeindlich

Die MIT Herford mit ihrem Vorsitzenden Alexander Elbracht traf sich zur Diskussion über die anstehende Erhöhung der Gewerbesteuer und der Grundsteuer in einigen Kommunen. MIT-Mitglied Fritz Elbracht erläuterte den Gästen die aktuelle Situation. Als Ergebnis verabschiedete der MIT-Kreisverband eine Resolution, mit der er sich gegen die Erhöhung der Hebesätze für die Gewerbe- und Grundsteuer durch die Städte und Gemeinden ausspricht. Aus

Sicht der MIT Herford kann eine Anhebung der Gewerbe- und Grundsteuer vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden und von Wirtschaftsexperten bestätigten positiven Wirtschaftsentwicklung weder begründet noch akzeptiert werden. Gleichzeitig plädiert der Kreisverband für eine Steuerreform, die zusätzliche Wettbewerbsverzerrungen vermeidet und die Kommunalfinanzierung sichert.

Umfrage zu anonymen Bewerbungen gestartet

Die AG Freie Berufe und Dienstleistungen des MIT-Bundesvorstandes unter dem Vorsitz von Uwe Kombrink und Bernd Wegner, MdL, hat eine Umfrage zum Thema „Anonymisierte Bewerbungsverfahren“ ausgearbeitet. Das Bundesfamilienministerium hatte mit der beigeordneten Antidiskriminierungsstelle ein Pilotprojekt auf den Weg gebracht. Ziel ist es, dass Arbeitgeber die Bewerber zukünftig ohne Kenntnis

persönlicher Daten wie etwa Alter, Geschlecht, Herkunft, Wohnort oder Familienstand zu Vorstellungsgesprächen einladen sollen. Ihre Meinung ist dazu gefragt. Wenn Sie sich an der Umfrage beteiligen wollen, finden Sie den Fragebogen auf der Homepage der MIT unter www.mittelstand-deutschland.de. Noch bis zum 30. April 2011 können ausgefüllte Fragebögen an die MIT-Bundesgeschäftsstelle übermittelt werden.

Unternehmerpreis „Soziale Marktwirtschaft“

Der MIT-Bundesvorstand hat sich einstimmig darauf verständigt, alle zwei Jahre den Unternehmerpreis „Soziale Marktwirtschaft“ in den Kategorien Existenzgründer, inhabergeführte, kleine und mittlere Unternehmer zu verleihen. Mit dem Preis „Soziale Marktwirtschaft“ möchte die MIT das besondere Wirken von Unternehmern auszeichnen und öffentlich hervorheben. Der MIT-Unternehmerpreis orientiert sich an den Kriterien wie Geschäftsidee, Innovation, Arbeitsplätze sowie Ausbildungsbereitschaft und nachhaltiges Wachstum. Die Gewinner werden im Rahmen einer Feierstunde während der MIT-Bundesdelegiertenversammlung ausgezeichnet. Jeder MIT-Kreisverband und jedes MIT-Mitglied kann herausragende Unternehmer mit Sitz in Deutschland für diesen Preis vorschlagen. Die Vorschläge mit Begründung senden Sie bitte an die MIT-Bundesgeschäftsstelle:

MIT-Bundesgeschäftsstelle

Stichwort:

„Unternehmerpreis Soziale Marktwirtschaft“

Charitéstraße 5

10117 Berlin

info@mittelstand-deutschland.de

MU-Landesvorstand mahnt Steuervereinfachung an

Die Mittelstands-Union der CSU (MU) mahnte auf ihrer Landesvorstandssitzung eine Entlastung des Mittelstandes von Bürokratiekosten an. „Die Bürokratie nimmt den Mittelständlern buchstäblich die Luft zum Atmen. Wir müssen weg von immer mehr Regulierung hin zu mehr Freiheit! „Glücklicherweise hat die Bundeskanzlerin den Quotenfantasien von Frau von der Leyen schnell den Riegel vorgeschoben“, sagte Hans Michelbach, Landesvorsitzender der MU. „Das Gesetz zur Steuervereinfachung war ein Schritt in die richtige Richtung, aber nur ein sehr kleiner. Die Bürger haben ein Recht auf ein einfaches und gerechtes Steuersystem. Wer gehofft hat, wir wären mit diesem ersten Schritt zufrieden, den muss ich enttäuschen. Wir werden weiterhin Vorschläge für eine spürbare Steuervereinfachung vorlegen und sind auch bereit, dafür zu kämpfen“, versprach Michelbach.

MU-Fachausschüsse nehmen Arbeit auf

Die neu gegründeten Fachausschüsse der Mittelstands-Union haben ihre Arbeit aufgenommen. MU-Mitglieder und externe Fachleute beraten im Fachausschuss „Arbeitsmarkt-, Sozial- und Gesundheitspolitik“ unter der Leitung des stellvertretenden MU-Vorsitzenden Bernhard Kösslinger. Bereits zweimal hat sich der Fachausschuss „Banken und Finanzmarkt, Finanzmarktordnung“ getroffen. Geleitet wird diese Runde vom schwäbischen MU Bezirksvorsitzenden Rupert Mößmer. Interessenten werden gebeten sich mit dem Landessekretariat unter mu@csu-bayern.de zu melden.

Georg Nüßlein zu Gast bei der MU Schwaben

Einen hochkarätigen Gast konnte der Bezirksverband Schwaben der Mittelstands-Union (MU) bei seiner Vorstandssitzung am vergangenen Donnerstag in Königsbrunn begrüßen. Georg Nüßlein, MdB aus Neu-Ulm, sprach mit den Vorstandsmitgliedern über den notwendigen Ausbau der Breitbandtechnologie im ländlichen Raum. „Besonders für die bisher unterversorgten ländlichen Regionen sind Breitbandnetze von zentraler Bedeutung. Schnelles Internet ist heute ein wichtiger Standortfaktor. Ansiedlungen

von Unternehmen und die damit verbundene Schaffung von Arbeitsplätzen hängen nicht zuletzt von der Anbindung an die Datenautobahn ab“, sagte Nüßlein, der auch wirtschaftspolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag ist. Der MU-Bezirksvorsitzende Rupert Mößmer unterstützt ihn dabei: „Der ländliche Raum darf nicht verkümmern. Wir werden uns als Wirtschaftsflügel der CSU für gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Bayern stark machen.“

Wie kommuniziere ich politische Botschaften?

Die MU Dingolfing konnte bei einem weiteren Unternehmerfrühstück im Küchenstudio Widbiller erneut zahlreiche Gäste begrüßen. Neben einer kurzen Einführung von Inhaber Martin Widbiller in die Geschichte seines Unternehmens, das er bereits nach seinem Vater in zweiter Generation betreibt, stellte MU-Landesvorstandsmitglied Hans Brennstener den bekannten Marketingfachmann Martin Dess vor. Er gewährte spannende Einblicke ins politische Marketing, denn seine Agentur DESSIGN hat in den vergangenen Jahren neben der Tätigkeit für Firmenkunden auch viele Wahlkämpfe in Deutschland und Österreich gestaltet.

Bei der anschließenden Führung konnten die neuesten Küchentrends bewundert werden.

MU Hof: Masterplan für Mittelstand

Die MU Hof fordert eine Stärkung der „Wachstums- und Innovationslokomotive Mittelstand“. Auf allen Ebenen müssen die Rahmenbedingungen für kleine und mittelständische Unternehmen (KMU), für Handwerk und Industrie, verbessert werden, bürokratische Hemmnisse abgebaut und dem Fachkräftemangel entgegengetreten werden. Es bedürfe dazu eines auf mehrere Jahre angelegten Masterplans,

bei dem die Betroffenen vor Ort mit einbezogen werden. Der Vorsitzende Reinhard Giegold erklärt: „Der Mittelstand hat sich während der Krise als Rückgrat und Motor der Sozialen Marktwirtschaft erwiesen, er hat Arbeitsplätze gesichert und Wachstum generiert. Ohne einen starken Mittelstand wären wir nicht so schnell und gut aus der Krise gekommen.“

Die Mittelstands-Union ist jetzt auch auf Facebook unter facebook.com/mittelstandsunion zu finden!

MU-Mitglieder, die Interesse haben, bei den IHK-Wahlen anzutreten, werden gebeten, sich kurz per E-Mail unter mu@csu-bayern.de zu melden!

Auf Fachkräftemangel reagieren



Der Arbeitskreis Junger Mittelstand der MIT Fulda trifft sich regelmäßig mit Interessierten aus Politik und Wirtschaft, um aktuelle Themen zu diskutieren

Der Arbeitskreis Junger Mittelstand der MIT Fulda traf den Hauptgeschäftsführer der IHK Fulda, Stefan Schunck, zu einem Gespräch zum Thema „Aus dem Mangel in die Krise – Kommt nach der Wirtschaftskrise der Fachkräftemangel“. „Die Frage, ob der heimischen Wirtschaft ein Fachkräftemangel droht, ist eine rein rhetorische Frage. Er ist bereits Realität,“ begrüßte der stellvertretende Vorsitzende der Jungen MIT, Matthias Kübel, die Teilnehmer. Stefan Schunck führte aus, dass hessen weit schon in vier Jahren 147.000 hoch qualifizierte Arbeitnehmer fehlen werden. „Es wird zwischen den Unternehmen zu einem Kampf um die Talente kommen“, prognostizierte er. Unternehmen müssten daher neben der Bindung von Arbeitnehmern an den Betrieb auch die langfristige Personalplanung und –entwicklung stärker gewichten.

Rückendeckung für die Innenstadt

Die aktuelle Stadtentwicklung war Thema bei einer Veranstaltung der MIT Ludwigsburg, zu der Oberbürgermeister Werner Spec als Gesprächsgast eingeladen war. Dieser bezeichnete Ludwigsburg als eine der attraktivsten Städte in Baden-Württemberg. Maßgeblichen Anteil haben hieran die Bürger und Unternehmer, welche sich durch die Verbesserung

der Bürgerbeteiligung im Vorfeld von Projekten und Entscheidungen einbringen können. So werden laut Spec, der am 3. Juli 2011 zur Wiederwahl antritt, in Ludwigsburg regelmäßige Befragungen im Einzelhandel durchgeführt. Ziel sei es, so der OB, die Innenstadt zu stärken. Diese müsse gegenüber Einkaufszentren auf der grünen Wiese konkurrenzfähig bleiben.

Attraktiver Wirtschaftsstandort

Trotz angespannter Haushaltslage sieht Bürgermeister Werner Kolter die Stadt Unna auf einem guten Weg, auch in Zukunft ein attraktiver Wirtschafts- und Wohnstandort zu bleiben. Vor Mitgliedern und Gästen der MIT Unna skizzierte er ein Szenario, das starke Auswirkungen auf die in Unna heimischen Betriebe haben wird. Besonders alarmierend: Der Anteil der berufstätigen Menschen wird in den nächsten Jahrzehnten sinken – und zwar um 25

Prozent. „Darin eine Entspannung der Verhältnisse am Arbeitsmarkt zu sehen, ist kurzsichtig“, warnte Unnas erster Bürger die Gäste, die der Einladung des MIT-Vorsitzenden Thomas Pool gefolgt waren. „Wenn man bedenkt, dass gleichzeitig der Anteil der unter 20-Jährigen an unserer Bevölkerung um 30 Prozent sinkt, dann wird klar, dass wir immer weniger junge Menschen und damit immer weniger Nachwuchs in den Betrieben und Unternehmen sehen werden.“

Sozialverhalten in Zeugnissen

Die Kommission Bildungspolitik unter dem Vorsitz des MIT-Bundesvorstandsmitgliedes Bernd Wirkus hat sich dafür ausgesprochen, dass in allen Bundesländern in den Zeugnissen und insbesondere in Zeugnissen in Abschlussklassen das Arbeits- und Sozialverhalten von Schülerinnen und Schülern durch die Lehrkräfte bewertet wird. „Eine Bewertung der Arbeits- und Sozialkompetenzen ist unverzichtbar, um die Aussagekraft von Zeugnissen auch gegenüber zukünftigen Arbeitgebern bzw. Lehrbetrieben zu erhöhen“, erläutert Wirkus. Der MIT-Bundesvorstand hat einen entsprechenden Antrag der Bildungskommission einstimmig angenommen.



(v.l.n.r.): Thomas Pool, Werner Kolter und Oliver Böhmer (stellv. MIT-Vorsitzender)

NAMEN SIND NACHRICHTEN

MIT Berlin Steglitz-Zehlendorf

Der Berliner MIT-Kreisverband Steglitz-Zehlendorf hat mit Carsten Lobbedey einen neuen Vorsitzenden gewählt. Ihm werden die Stellvertreter Dieter Weber und Oliver Zigann zur Seite stehen. Beate Roll wurde wieder als Schatzmeisterin und Eva R. Holz als Schriftführerin gewählt. Als Beisitzer sind gewählt: Karim Bouhageb, Ralf Koch, Georg Späth, Carl Hennig von Seydlitz, Sebastian Weinert und Dr. Stefan Zloczynski.

MIT Calw-Freudenstadt

Ulrich Kallfass wurde als Vorsitzender der MIT Calw-Freudenstadt bestätigt. In seinem Rechenschaftsbericht forderte er die Einrichtung eines regionalen Mittelstandsnetzwerkes. Staatssekretär Hans-Joachim Fuchtel, der Landtagsabgeordnete Thomas Blenke und Landrat Helmut Riegger sagten ihm ihre Unterstützung zu.



Die stellvertretende MIT-Kreisvorsitzende Anita Burkhardt gratuliert Herrn Kallfass und seiner Frau (Foto Mitte) zur Wiederwahl

Auszeichnung für MIT-Ehrevorsitzenden

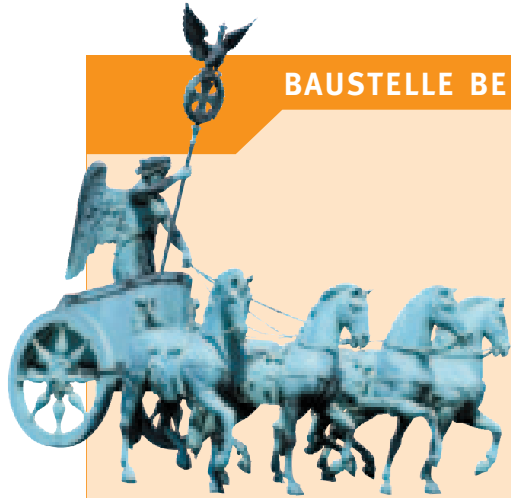
Dem MIT-Ehrevorsitzenden Hansjürgen Doss wurde die Auszeichnung MÉRITE EUROPÉEN der Fondation du Mérite Européen überreicht. Die Luxemburger Stiftung, die unter der Schirmherrschaft des jeweiligen luxemburgischen Ministerpräsidenten steht, zeichnet seit über 30 Jahren verdiente Europäer aus. Sie ehrt damit engagierte Persönlichkeiten, die sich für die „Vereinigung der europäischen Völker in Freiheit, Frieden und Brüderlichkeit“ einsetzen und weiter an der Entwicklung eines europäischen Bewusstseins arbeiten, das Voraussetzung ist für die Gestaltung eines freien, demokratischen und geeinten Kontinents.

MIT Frankenthal

Lucas Spiegel wurde erneut zum Vorsitzenden des MIT-Kreisverbandes Frankenthal gewählt. Ihm stehen als Stellvertreter Norbert Bentz und Heiner Graf zur Seite. Robert Grasse, Richard Koppenhöfer, Daniel Kühner und Thorsten Sager wurden als Beisitzer gewählt. Als Gäste konnte der Kreisverband an diesem Tag den ehemaligen Ministerpräsidenten Dr. Bernhard Vogel und den CDU-Landesvorsitzenden in Rheinland-Pfalz, Christian Baldauf, MdL, begrüßen. Bernhard Vogel machte deutlich, dass die Politik den Menschen „reinen Wein einschenken und ihnen ehrlich sagen muss, welche Ziele sie hat.“ Einen politischen Schwerpunkt setzte Baldauf beim Thema der steuerlichen Absetzbarkeit von Handwerkerleistungen. Dies sei ein wichtiger Schritt, um die Schwarzarbeit zu bekämpfen. Zum Abschluss der Veranstaltung sicherte der neue MIT-Vorstand Christian Baldauf seine tatkräftige Unterstützung bei der anstehenden Landtagswahl zu.



Lucas Spiegel, Christian Baldauf und Bernhard Vogel (v.l.n.r.) diskutierten gemeinsam mit den Mitgliedern der MIT Frankenthal über bürgernahe Politik



BAUSTELLE BERLIN

Liebe MIT-Streiter,

in diesen Tagen nach den wichtigen Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt; Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg (*der Redaktionsschluss dieser Ausgabe lag vor den Wahlen vom 27.3.*) ist eine gründliche Analyse angesagt. Unser Bundesvorsitzender Josef Schlarmann hat dazu auf Seite 3 in seinem Editorial einige Gedanken geäußert. Richtig ist, ein „weiter so“ darf es kaum geben, die Politik der Union muss auf den Prüfstand. Wir dürfen politisch nicht länger von der Hand in den Mund leben, sondern müssen, um unsere Glaubwürdigkeit und damit unsere Wähler, zurückzugewinnen, wieder programmatisch verlässlich und berechenbar werden und endlich wieder unsere Klientel und deren berechnete Erwartungen bedienen.

Nach einer Antwort suchen wir auch auf die Frage, welche Rolle der Mittelstand in der Union spielt, welchen Einfluss ihm die Schwesterparteien CDU und CSU einzuräumen bereit sind und wie die unserer Vereinigung angehörenden Bundestagsabgeordneten unsere Programmatik umsetzen und mit welchem Erfolg sie diese in die Parlamentsarbeit einbringen. Diese Fragen werden zurzeit in den Führungskreisen unserer Vereinigung und der Partei und Fraktion intensiv und zum Teil kontrovers diskutiert.

Heiner Geissler – legendärer Generalsekretär der CDU, mit dem ich nicht immer einer Meinung war, hat dies in einer – so meine ich – treffenden Beschreibung für die Arbeit der Vereinigungen (und dies

galt und gilt sicherlich bis heute, nicht nur für unsere MIT) sinngemäß definiert: „Vereinigungen haben eine Art Brückenfunktion – einmal, die Vorstellungen, die in unserer Partei diskutiert und entwickelt wurden, in ihre jeweilige Klientel zu ‚transportieren‘ und auf der anderen Seite der Brücke – die Meinungen und Vorstellungen unserer vertretenen Klientel ihrer Vielfalt in der Partei abzubilden und zu befördern!“

Also beide Seiten der Brücke müssen zu befahren und zu begehen sein und auch in Zukunft bleiben! Das heißt aber auch, offen miteinander zu diskutieren und ringen zu müssen um den besten Weg für unser Vaterland. Was für den Mittelstand gut ist, ist für Deutschland gut!

Starke Vereinigungen in der UNION waren stets auch ein Zeichen der Stärke unserer UNION. Waren die Vereinigungen stark, war unsere UNION stark! Nein, nicht angepasst, sondern Stachel im Fleisch der UNION muss unsere MIT bleiben.

Gegenseitiger Respekt für die Arbeit und die unterschiedliche Rolle der Beteiligten sollte selbstverständlich sein.

Diese Baustelle schreibe ich am Wahlsonntag in Sachsen/Anhalt und eine Woche vor den Wahlen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg, ich drücke uns – hiermit natürlich unserer UNION, alle Daumen! Wenn Sie dieses frisch gedruckte „MittelstandsMagazin“ in den Händen halten, werden wir es wissen. Damit werden wir uns dann in den folgenden Wochen beschäftigen – auch hier in der „Baustelle Berlin“

baustelle@mittelstand-deutschland.de

DER AUTOR



Hier schreibt MIT-Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen

IMPRESSUM

MittelstandsMagazin

Herausgeber

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, vertreten durch den Bundesvorsitzenden Dr. Josef Schlarmann und den Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen, Charitéstraße 5, 10117 Berlin

Verlag

GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH
Geschäftsführer Günter F. Kohl
Gärtnerkoppel 3
24259 Westensee
Telefax: 04305 / 992 993
E-Mail: info@mitmagazin.com
www.mitmagazin.com

Chefredakteur

Günter F. Kohl (G.K.)
E-Mail: gk@mitmagazin.com

MIT-Inside

Astrid Jantz (aj)
Telefon: 0 30/22 07 98-16, Telefax: 22 07 98-22
E-Mail: jantz@mittelstand-deutschland.de

Redaktion Recht

Wolf-Dietrich Bartsch, Rechtsanwalt und Notar
rechtsfragen@mitmagazin.com

Titelfoto

dpa picture alliance

Anzeigen

GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH
Gärtnerkoppel 3, 24259 Westensee
Brigitte Kohl
Telefon: 04305 / 992 995, Fax 04305 / 992 993
E-Mail: anzeigen@mitmagazin.com

Anzeigenverkauf

Verlagsvertretung Getz,
Nielsen I, II, VI, VII
Telefon: 02205 / 8 61 79, Fax 02205 / 8 56 09
S&K Medienvertretung, Peter Seuß,
Nielsen III a, III b, IV, V
Telefon: 06261 / 92 340, Fax 06261 / 92 34 20

Satz und Layout

Walter Katofsky, Kiel
Telefon: 0431 / 54 22 44, Telefax: 0431 / 260 35 66
E-Mail: wk@mitmagazin.com

Druck

Evers-Druck GmbH
Ernst-Günter-Albers-Straße, 25704 Meldorf

Bezugsbedingungen

MIT MittelstandsMagazin erscheint zehnmal jährlich.

Die Kündigung des Abonnements ist jeweils mit einer Frist von sechs Wochen zum Jahresende möglich.

Für Mitglieder der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU ist der Bezug des MIT-Magazins im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Schadensersatz.

ISSN 0932-3325

Copyright für den gesamten Inhalt:
GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH, Nachdrucke und Internet-Links nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Verstöße dagegen sind Urheberrechtsverletzungen und lösen Schadenersatzforderungen aus.



Informationsgemeinschaft
zur Feststellung der
Verbreitung von
Werbeträgern e. V. (IVW)

NEU
ab April 2011

Für alle Sylt-Liebhaber!



Das klassische Insel-Magazin

- ▶ Informativ
- ▶ Kritisch
- ▶ Unabhängig

Mit schönen Geschichten -
hinreißenden Fotos -
packenden Tierreportagen.

Mit einem tiefen Blick in die Töpfe
der Sylter Sterne-Köche.

Mit Berichten über Künstler
und Komiker,
Prominentes und Provinzielles,
Neues und Traditionelles.

Mit einem Extra-Freizeit-Magazin:
... für die Westentasche mit
Hundertern von Tipps ...

Erhältlich überall auf der Insel und in 4.000 Verkaufsstellen in Deutschland.
E-Mail: bestellung@syltmagazin.de · www.syltmagazin.de

Das Magazin 2011 ist
ab Anfang April im Handel.

Bestellen Sie Ihr
persönliches Sylt Magazin
zur informativen und
stimmungsvollen Vorbereitung
auf Ihren Sylt-Urlaub.

Sylt Magazin
Gärtnerkoppel 3
24259 Westensee

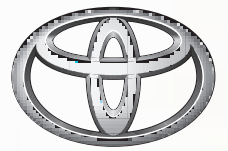
Ich bestelle das Sylt Magazin 2011

Name: _____ Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ: _____ Wohnort: _____

Ich lege 10,- Euro in Briefmarken bei. (Heftpreis + Versandkosten)



TOYOTA

Starkes Geschäftsmodell.

Ihr Geschäfts-
kundenvorteil bis zu
2.800 €*



Ein starker Charakter mit noch stärkeren Argumenten: der Toyota Avensis Business Edition.

Geschäftskunden können sich jetzt auf einen Firmenwagen der Extraklasse freuen: den Avensis Business Edition. Seine umfangreiche Ausstattung überzeugt mit vielen hochwertigen und komfortablen Details. Ob Ledersitze, Sitzheizung für Fahrer und Beifahrer, SD-Karten-Navigationssystem mit Rückfahrkamera, Regen- und Lichtsensor oder die beheizbare Scheibenwischerablage – auf Ihrer Geschäftsreise ist für alles gesorgt. Und das für eine ganz entspannt niedrige Leasingrate von 279 €**. Der Avensis Business Edition. In jeder Hinsicht ein starker Charakter. Weitere Informationen bei Ihrem Toyota Partner oder unter 02234 102-2110.

toyota-fuhrpark.de

**Nichts ist
unmöglich.
Toyota.**

Kraftstoffverbrauch kombiniert 6,8–5,4 l/100 km (innerorts 8,7–6,7 l/außerorts 5,7–4,7 l) bei CO₂-Emissionen kombiniert von 176–142 g/km nach dem vorgeschriebenen EU-Messverfahren.

*Profitieren Sie beim Sondermodell Avensis Business Edition vom Kundenvorteil: 2.800 € bei 1,6-l-Valvematic, 1,8-l-Valvematic und 2,0-l-D-4D, 2.200 € bei 2,2-l-D-4D Combi gegenüber einem vergleichbar ausgestatteten Avensis Sol.

**Nur bei teilnehmenden Toyota Vertragshändlern. Ein Fuhrpark Leasing-Angebot der Toyota Leasing GmbH ab einem Fahrzeug im Bestand, für den Toyota Avensis Business Edition 2,0-l-D-4D mit 6-Gang-Schaltgetriebe, Fahrzeugpreis: 28.800 €, exkl. MwSt., zzgl. Überführung, Laufzeit: 36 monatliche Raten à 279 €, Laufleistung: 20.000 km/Jahr. Alle Angebote gelten bei Anfrage und Genehmigung bis zum 31.05.2011. Diesem Angebot liegt die unverbindliche Preisempfehlung der Toyota Deutschland GmbH per 28. März 2011 zugrunde.